



Meiner Meinung nach...

Nichts wäre falscher, als anzunehmen, daß die Meinung eine Entdeckung unseres Jahrhunderts sei. Nur — entweder kannte man die Meinung nicht, wollte sie nicht kennen, oder, wenn sie bekannt war, gab man nichts darauf. Anders heute. Politiker lassen sich hin und wieder und besonders vor den Wahlen ihre Beliebtheit (oder Unbeliebtheit) durch Meinungsumfragen bescheinigen. Unpopuläre Maßnahmen werden lange vor den Wahlen mit Rücksicht auf das Wohlwollen der Wählermeinung geflissentlich vermieden. Der politische Meinungsmarkt wird ertastet, um dann erst mit zugkräftigen Wahlparolen Hirn und Herz der Wähler anzusprechen. Kein neues Produkt wird auf den Markt geworfen, ohne daß vorher der Daumen auf den Meinungspuls der zukünftigen Käufer gehalten wird. Meinungen werden heute — wie eine Ware — seriös verkauft oder stilllos verhökert. Meinungen werden im Rundfunk und Fernsehen und in der Presse „gemacht“. Sie entstehen im Betrieb, am Stammtisch, beim Friseur; kurz überall da, wo Kommunikationsmittel bestehen, wo Menschen zusammenkommen.

Liest man Umfrageergebnisse — über welchen Fragenkomplex auch immer — so ist die Zahl derjenigen, bei denen die Meinungsforscher resigniert notieren müssen „ohne Meinung“, oft beträchtlich groß. Hier liegt auch zweifellos der neuralgische Punkt für den Aussagewert einer Meinungsumfrage. Hier stellt sich aber auch die Frage, was sind das für Leute ohne Meinung, was veranlaßt sie, keine Meinung zu haben? Können sie sich weder zum ja noch zum nein entscheiden, weil sie in einem echten Gewissenskonflikt sind, kennen sie das Problem zu wenig, um sich eine Meinung bilden zu können, fehlt ihnen der Mut vor der klar formulierten eigenen Meinung, oder liegt es etwa daran, daß das Wort Meinung abgewirtschaftet hat und ihm nur noch ein sehr begrenzter Gehalt beigemessen wird?

Jedenfalls spricht dafür, daß mitunter höchst differenzierte Lesarten der Meinungen zu finden sind. Da gibt es die offizielle, die offene, die ehrliche, die persönliche und die ganz persönliche Meinung. Jetzt wäre natürlich zu fragen: Ja, was ist denn Meinung überhaupt? Verzichten wir aber darauf, eine exakte Begriffsformulierung zu finden.

Sicher ist, daß sie sich nicht allein auf Tatsachen und daraus gezogenen Urteilen stützt. Gefühlsmomente, Vermutungen, Halbwahrheiten, Eindrücke schwingen mit. Sicher ist auch, daß sie zunächst sehr subjektbezogen und im persönlichen Bereich beheimatet ist. Das Grundgesetz sichert denn auch die Meinungsfreiheit zu. Es spricht allerdings nicht von einer Freiheit vor der Meinung. Ein ganz gefährliches Instrument wird die Meinung da, wo sie als sogenannte Volksmeinung zur Durchsetzung politischer oder wirtschaftlicher Maßnahmen gehandhabt wird — umhangen mit dem Mäntelchen, die Summe der Einzelmeinungen zu sein.

Sich eine eigene Meinung zu bilden fällt nicht schwer, wenn man mit offenem, wachem und kritischem Sinn den kleinen und großen Problemen des Alltags begegnet. Meinung fängt aber erst da an interessant zu werden, wo sie vertreten wird oder wo die Konsequenzen daraus gezogen werden. Wir teilen ganz und gar nicht den Standpunkt der „weichen Welle“. Mit anderen Worten, jenen hasenherzigen Standpunkt, daß es oft besser sei, keine Meinung zu haben oder darauf zu verzichten sie zu vertreten, wenn ernsthafte Widerstände oder Unannehmlichkeiten sichtbar werden. Im Gegenteil. Wer zu seiner Meinung steht — wenn er sich nicht durch stichhaltigere Argumente vom Gegenteil überzeugen lassen muß —, verdient erst Achtung. Selbst auf die Gefahr hin, daß man ihn nicht liebt. Die „unbequeme Meinung“ erwies sich nur allzuoft als Ansatzpunkt dafür, ausgetretene Wege zu verlassen, Konventionen aufzugeben und neue Lösungen zu suchen und auch zu finden. Beispiele dafür aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben, aus Wissenschaft und Technik gibt es genug. Und es gibt auch Beispiele dafür aus dem betrieblichen Zusammenleben.

Warum brechen wir für die Meinung eine Lanze? In jeder Ausgabe der Werkzeitung wollen wir in Zukunft zu einer das Werk und die Arbeit betreffenden Frage Meinungen unserer Mitarbeiter veröffentlichen. Repräsentativ für die Einstellung der Gesamtbelegschaft werden die Meinungsäußerungen freilich nicht sein. Das ist auch nicht unsere Absicht. Wohl aber wollen wir erreichen, daß Standpunkte sichtbar werden, Situationen erkannt, Meinungen diskutiert werden. Wenn dann in Zukunft die Redewendung „meiner Meinung nach“ nicht als vorsichtige und abbitteleisende Einschränkung vorweggeschickt wird, sondern als Versicherung, daß es sich um eine sehr subjektive, aber nachdrücklich vertretene Meinung handelt, dann glauben wir, der Sache gedient zu haben.



Die Ferienzeit ist angebrochen. Unbeschwerte, sorglose und hoffentlich sonnige Urlaubstage liegen vor uns.

Längst schon ist der Urlaubsort im Familienrat ausgehandelt. Die ersten Reisevorbereitungen werden getroffen. Wer motorisiert reist, sollte sein Fahrzeug vorher gründlich überprüfen lassen — und das nicht erst am letzten Tag. Aber auch wer nur auf die „kleine Reise“ ins Schwimmbad oder ins Grüne geht, wie die beiden jungen Damen auf unseren Umschlagseiten, sollte es nur mit einem verkehrssicheren Fahrzeug tun. Und gerade für die Urlaubszeit: erhöhte Aufmerksamkeit, Höflichkeit und Rücksicht.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.). Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Helmut Claus und Caren Straeter. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 2347. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G. m. b. H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf. Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnersstraße.

Seite 76

Ein General,
der an den Wieder-
aufbau denkt:
George C. Marshall



Seite 80

Medizin
gegen den Unfall?
Ja, Verkehrserziehung!

Rückseite

Traditionen sind zäh
wie Leder: Warum
so früh zur Arbeit?



Seite 82

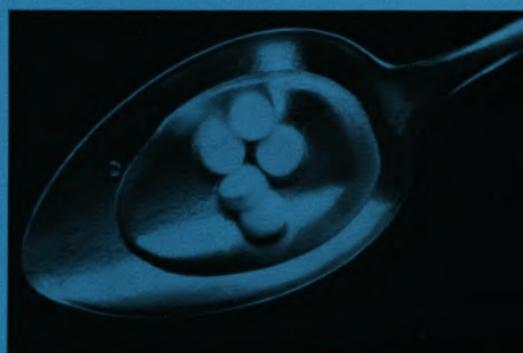
Frei und geheim:
Neuer Betriebsrat wurde
gewählt.

Seite 88

Oft teuer und nutzlos,
aber gefragt:
Gesundheit aus der Pille.

Seite 84

Schwerer
Verbindungshilfen:
Niete
und Elektroden.



Seite 90

Kein Keulen-
schlag bei Pils
und Limonade:
Wandertip ins
Neandertal.



In der letzten Ausgabe berichteten wir über einen Vortrag Prof. Schmidkes. Sein Anliegen: Mehr Sicherheit. Wer unausgeschlafen ist, kann nicht sicher arbeiten. Der Wissenschaftler vom Max-Planck-Institut schlägt vor: den Arbeitsbeginn auf später zu verlegen. Seine Begründung: 5 bis 6 Stunden Schlaf — oft bedingt durch das späte Ende des Fernsehprogramms — sind zu wenig.

Wir fragten einige Belegschaftsmitglieder nach ihrer Meinung dazu. Wir wußten, daß die Antworten nicht anders ausfallen würden. Gewöhnung — und der lange freie Nachmittag waren die Hauptargumente. Aber — jede Menge sich die Frage vor: Ist der Nachmittag wirklich so lang, wenn Schlaf nachgeholt werden muß? Wann beginnt dann der „lange Nachmittag“?



Karl-Heinz Reimann, 32 Jahre, erster Schlackenmann am Hochofen A:
Ich will was vom Nachmittag haben. Darum nach wie vor 6 Uhr morgens Beginn. Auf's Fernsehen lege ich keinen besonderen Wert.



Herbert Kusenberg, 25 Jahre, Schlosser im Blechwalzwerk:
Ich schaue mir regelmäßig das Fernsehprogramm bis zum Ende der Sendung an. Eine Stunde eher oder später aus dem Bett — damit ist es auch nicht getan.



Herbert Schröder, 35 Jahre, Scherenmann im Blechwalzwerk:
Ich habe mich im Laufe der Jahre ans Frühaufstehen gewöhnt. Wenn ich morgens früh raus muß, wird das Fernsehen ebenfalls rechtzeitig abgeschaltet.



Walter Nellmann, 31 Jahre alt, Schreiner im Sägewerk:
Seit 17 Jahren fange ich um 6 Uhr morgens mit der Arbeit an. Eine Arbeitszeitverlegung wäre mir nicht recht, da ich als Leichtathlet den langen Nachmittag für meinen Sport brauche.



Paul Szeffs, 59 Jahre, Hochofenmeßwärter am Hochofen A:
Ich bin gewohnt, um 5 Uhr aufzustehen und um 14.30 Uhr zu Hause zu sein, um dann meinem Hobby als Modelleisenbahnbauer nachzugehen.

Horst Bosbach, 27 Jahre, Weichensteller, Eisenbahnbetrieb Abt. Verkehr:
Meine Arbeit verlangt meine ganze Aufmerksamkeit. Gerade jetzt im Sommer wird die Energie durch die Hitze verschlissen. Darum bin ich für frühzeitigen Arbeitsbeginn.



Johann Buller, 62 Jahre, und Rudolf Schecke, 28 Jahre. Beide Eisenputzer im Blechwalzwerk:
Buller (rechts). Ich sitze gern in meiner Gartenlaube, und bin um jede Nachmittagsstunde verlegen. Ich kann genauso gut wie mein Kollege Schecke (links) abends auf's Fernsehen verzichten. Schecke: Nur Fußballspiele machen bei mir eine Ausnahme.

Hans-Jörg Strack, 35 Jahre, Verladler im Blechwalzwerk:
Ich fange lieber um sechs Uhr als später an, da ich einen möglichst langen Nachmittag haben möchte. Es macht mir nichts aus, auch wenn es abends beim Fernsehen oder im Kino später wird.



Hans Kasnitz, 47 Jahre, Oberbauarbeiter, Abt. Verkehr:
Da ich morgens die meiste Energie habe, bin ich nach wie vor für einen frühzeitigen Arbeitsbeginn.

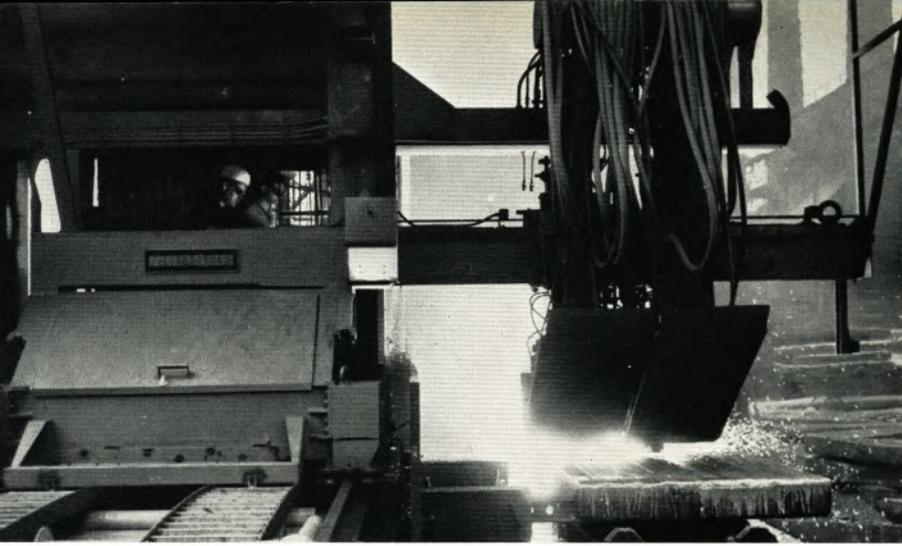


Heinz Krämer, 37 Jahre, Lokführer, Abt. Verkehr:
Wenn ich Frühschicht habe, verzichte ich auf Fernsehen oder sonstige Vergnügen; denn ich brauche meine Ruhe.

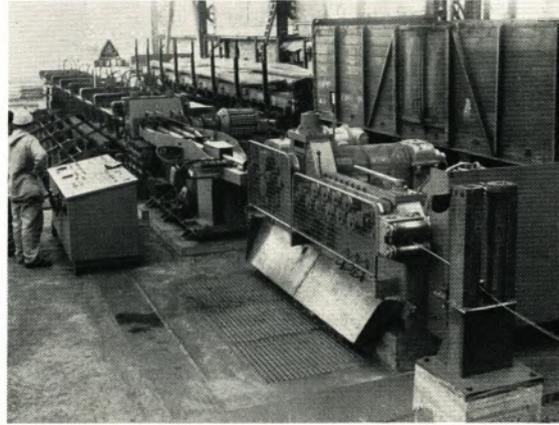
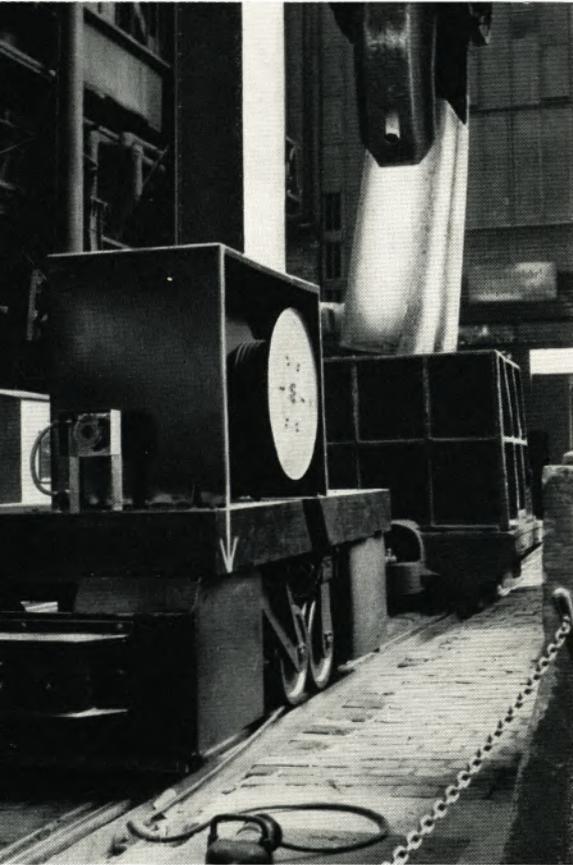
Heinz Budweg, 36 Jahre, Maschinist am Hochofen A:
Um einen langen Nachmittag zu haben, bin ich für einen frühen Arbeitsbeginn.



Schnappschüsse



Auf dem Blockplatz 1 ist kürzlich eine Kaltflämmaschine in Betrieb genommen worden. Seit 1958 arbeitet bereits eine ähnliche Maschine neben dem Rundsinterbecken auf dem Blockplatz 2. Die neue Kaltflämmaschine schält eine 3 bis 4 mm tiefe Schicht in einer Breite von 800 mm gleichmäßig von der Bramme ab. Nach einer Aufheizzeit von 20 bis 30 Sekunden kann eine Bramme von 3 1/2 m Länge und 800 mm Breite innerhalb von 10 Sekunden geflämt werden.



Links außen: Den Blocktransport vom Martinwerk II b zur Tiefofenhalle hat jetzt an Stelle der Diesellok eine ferngesteuerte Blockfähre übernommen. Es handelt sich dabei um eine Elektrolok, an die ein normaler Blockwagen angehängt wird. Vom Stripperkran aus wird die Blockfähre „in Marsch gesetzt“. Sie findet allein ihren Weg bis zur Endstation Tiefofenhalle. Hier wird der Block entnommen und der Tiefofenkranführer beordert durch Knopfdruck die Fähre wieder zurück. Die Elektrolok — gegenüber der bisherigen Diesellok weniger stör anfällig — kann auch von Flur aus gesteuert werden. Sie wurde nach Zeichnungen des Technischen Büros in der Eisenbahnwerkstatt gebaut.



Oberes Bild: In der Drahtstraße eins wurden zwei Torstahlmaschinen neuester Bauart aufgestellt. Auf den Anlagen kann Torstahl von 6 bis 14 mm Durchmesser hergestellt werden. Direkt vom Bund wird der gewalzte Draht zunächst in einer Richtmaschine gerichtet, automatisch auf die gewünschte Länge — 6 bis 14 m — abgeteilt und dann verwunden. Von einem Schaltpult aus kann der gesamte Arbeitsablauf für die jeweiligen Programme gesteuert werden. Bei einem Draht von 6 mm Durchmesser hat jede Anlage eine Leistung von 1,7 t pro Stunde. Die Richtgeschwindigkeit beträgt maximal 3 m pro Sekunde. Durch das Verwinden wird der Draht kalt verfestigt und seine Haftfähigkeit im Beton erhöht.



Unteres Bild: Zugegeben, man muß das Steuer schon hart einschlagen, wenn man auf dem Parkplatz hinter der Hauptverwaltung maßgerecht in das Parkfeld setzen will. Daß die Parkfelder so eng aneinandergerückt worden sind, hat seinen guten Grund darin, möglichst viele Wagen unterbringen zu können. Der „Ausreißer“ fühlte sich bei der Enge anscheinend nicht wohl. Oder sollte sein Besitzer vergessen haben, die Handbremse anzuziehen? Ein schlechteres Zeichen wäre allerdings, wenn sie überhaupt nicht funktionieren würde.

Ein Teil der Aufnahmen für den Fernsehbericht, die „IG Metall und ihr Mythos“, der innerhalb der Sendereihe „Zentren der Macht“ Ende Mai über den Bildschirm lief, wurde im Thomaswerk gedreht. In diesem Bericht ging der Autor der Frage nach, welche Funktionen die Gewerkschaft heute ausübt und versuchte, die Machtverhältnisse innerhalb der Organisation zu beleuchten. Der Autor der Sendung hatte sich von der HOAG Sebastian Wolfram (links), 1. Ofenmann im Thomaswerk, und Hans Schönitz als Mitwirkende herausgesucht.



Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Brückenbauer Zweckmäßigkeit mit Ästhetik zu kombinieren wissen, so findet er in der Fehmarn-Sund-Brücke seine Bestätigung. Etwa 3 1/2 Jahre ist an dieser neuen Nord-Süd-Verbindung gebaut worden. Das Herzstück der Brücke, das 248 m lange und 3100 t schwere Bogentragwerk, baute das Werk Sterkrade der GHH. Für die elegante Konstruktion wurde zum großen Teil hochwertiger HOAG-Baustahl verwendet. Von den 80 Hängeseilen, an denen die Fahrbahn der Brücke aufgehängt ist, stammen 48 aus Gelsenkirchen. Bei einem Eigengewicht von 142 t haben sie ein Fahrbahngewicht von etwa 1800 t zu tragen.



Die Zeiten der Hochkonjunktur und damit des schnellen Wachstums unserer Wirtschaft sind vorbei. Das Wirtschaftsbarometer, das lange Jahre auf Hoch stand, hat sich auf Normal eingependelt. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet in diesem Jahr lediglich mit einer Steigerung der Produktivität von 3,5%. Verglichen mit den Zuwachsraten der goldenen Jahre, nimmt sich diese Zahl recht bescheiden aus. Schon 1952 wurde — vor allem im Ausland — das Schlagwort vom deutschen Wirtschaftswunder geprägt. Tatsächlich hatte die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik, vor allem seit der Währungsreform, einen atemberaubenden Aufstieg genommen. Das Rätselraten um das Rezept dieses Wunders setzte ein, Erörterungen über die Hintergründe wurden angestellt. Bei genauem Zusehen aber erwies sich weder das Wunder als ein Wunder, noch blieb von der Hintergründigkeit viel übrig. Tatsache war, daß der Fleiß unserer Arbeiter, die Initiative unserer Unternehmer und der Wille aller zu einem besseren Leben die Pfeiler des neuen wirtschaftlichen Gebäudes bildeten.

Fleiß, Initiative und ein kräftiger Optimismus aber können nichts ausrichten, wenn keine Mittel vorhanden sind, Ideen in die Tat umzusetzen und dem Fleiß einen höchst materiellen Ansatzpunkt zu geben. Im April dieses Jahres war es 15 Jahre her, seit die ersten amerikanischen Dollars zum Aufbau des angeschlagenen Europas zur Verfügung gestellt wurden. Nur schwach ist

vielen heute noch in Erinnerung, welche Bedeutung die als Marshall-Plan-Hilfe bezeichnete Unterstützungsaktion der USA für den europäischen Wiederaufbau hatte. Auch für die deutsche Wirtschaft war die Marshall-Plan-Hilfe eine Initialzündung. **Erinnern wir uns: 9. Mai 1945 — bedingungslose Kapitulation. Der Krieg war über Deutschland hinweggefegt.**

Seine Folgen waren entsetzlich. Hinter der Zahl von über 4 Millionen Toten und Vermißten, von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen bargen sich unbeschreibliches menschliches Elend, Hunger und Not. Otto Normalverbraucher, jene aus Verzweiflung, Verbitterung und doch einem kleinen Funken Optimismus geprägte Bezeichnung für diejenigen, die keine Lebensmittelzulagen beanspruchen konnten, wurde zum Symptom für die äußere Not. Die kärgliche Wochenration mußte buchstäblich „erstanden“ werden. Der Hunger trieb die Menschen auf den schwarzen Markt und ließ sie stundenlang auf Trittbrettern klappriger Eisenbahnwagen hängen. Das Wirtschaftsleben in Deutschland hatte die primitive Stufe des Naturaltausches erreicht.

Herz mit schwachem Puls

2,5 Millionen Wohnungen waren zerstört. Nur etwa ein Viertel der deutschen industriellen Ausrüstung von 1936 war noch verfügbar. Durch die Demontage und Reparationsentnahmen wurde der Wert der industriellen Anlagen, der 1936 etwa 45,5 Md. Mark betrug, um weitere 12,9 Md. Mark reduziert. Die eisenschaffende Industrie erlitt durch Demontagen und Reparationen einen Kapazitätsverlust von 25%. Sie war damit der am schwersten betroffene Industriezweig. Westdeutschland, einst das industrielle Herz Europas und mit einem Anteil von 12% an der industriellen Weltproduktion das drittgrößte Industrieland, besaß nur noch einen schwachen Pulsschlag. Geradezu katastrophal wirkte sich auch die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete aus. Vor dem Zusammenbruch lieferten allein die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze über ihren eigenen Bedarf hinaus Brot für zwölf Millionen Menschen, Fleisch für 17 Millionen und Kartoffeln für 15 Millionen.

Der Krieg hatte seine Spuren deutlich hinterlassen. Die Zerstörungen waren schrecklich genug, aber das sollte nicht alles sein. Im März 1946 gaben die vom alliierten Kontrollrat verkündeten Grundsätze über die zukünftige wirtschaftliche Behandlung Deutschlands dem langsam erwachenden Aufbauwillen einen deutlichen Nackenschlag. Die Stahlerzeugung wurde auf 5,8 Mill. t begrenzt — das waren nur 39% der Produktion des Jahres 1936 —. Synthetische Stoffe, wie Ammoniak, Benzin, Öl usw., Leichtmetall, Kugel- und Rollenlager, schwere Werkzeugmaschinen, all das durfte überhaupt nicht hergestellt werden.

Im März 1948 gab Präsident Truman (links) seine Zustimmung zum Auslandshilfegesetz, in dem die von General George C. Marshall (zweiter von links) vorgeschlagenen Wiederaufbaupläne für Europa ihren Niederschlag fanden.





Nicht nur Deutschland befand sich in einem wirtschaftlichen Chaos, das auf Jahre die Vorstellung eines Wiederaufblühens ausschloß. Auch in anderen europäischen Staaten, selbst in den nicht an den Auseinandersetzungen beteiligten, hatte die Geißel des Krieges Wunden hinterlassen. Das machte das dunkle Bild noch schwärzer. Europa, arm an Rohstoffen, krankte am abgerissenen Kontakt mit den überseeischen Ländern. Es benötigte dringend Baumwolle, Kautschuk, Erdöl, vor allem aber Nahrungsmittel. Einführen kann man aber nur, wenn man bezahlen kann. In harten Devisen. Devisen aber müssen verdient werden. Europa, vor dem Kriege der höchstindustrialisierte Kontinent und spezialisiert auf die

hatte und eine Verkleinerung und Zerteilung Deutschlands sowie seine Zurückführung auf den Stand eines Agrarstaates vorsah, waren die Auswirkungen des Morgenthaugeistes doch in den nach 1945 erlassenen Direktiven für die US-Zone Deutschlands deutlich spürbar.

Rede — Auftakt für Hilfsaktion

Doch bereits im Frühjahr 1947 hatte Dean Acheson, damals Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe für Europa hingewiesen. Den entscheidenden Wendepunkt in der amerikanischen Europapolitik bildete aber jene berühmte Rede des damals 67 Jahre alten Generals, George C. Marshall, am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität. Sie war der Auftakt für die größte Hilfsaktion, die jemals in der Geschichte von einem Land unternommen wurde. Von psychologisch nicht zu unterschätzender Bedeutung war dabei die Tatsache, daß Deutschland nun von seinem früheren Gegner geholfen werden sollte. Was veranlaßte nun im einzelnen die USA, den europäischen Staaten die großzügige Wiederaufbauhilfe zu gewähren? Lassen wir Marshall selbst sprechen:

„Industrie und Landwirtschaft produzieren nicht genug, und der Austausch stockt; es fehlt an Rohstoffen, Maschinen, Kapital. Während der Bauer dringend benötigtes Anbauland in Weide verwandelt, hungern und frieren die Städter; inzwischen vergeuden die Regierungen ihre letzten Währungsreserven und Kredite zur Deckung des wichtigsten Einfuhrbedarfes. Dadurch werden die für den Wiederaufbau benötigten Mittel aufgezehrt. — Europas Bedarf an Nahrungsmitteln und sonstigen wichtigen Produkten während der nächsten drei oder vier Jahre ist derart groß, daß er die eigene Zahlungsfähigkeit bei weitem übersteigt und beträchtliche zusätzliche Hilfe erfordert; andernfalls wird sich die wirtschaftliche, soziale und politische Lage weiterhin ernsthaft verschlechtern.“

Sowjets: Njet

Im wesentlichen läßt sich die amerikanische Hilfsbereitschaft auf drei Gründe zurückführen: Hunger, Not und Elend in Europa weckten — nicht nur in Amerika — menschliche Anteilnahme und den Wunsch, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen. Die USA waren sich klar darüber, daß Europa einen wirtschaftlichen Organismus bildet, der nur gesunden kann, wenn jedes seiner Organe gesund und leistungsfähig ist. Marshall war nüchtern genug, auch die sehr ernsten Auswirkungen eines kranken Europas auf die amerikanische Wirtschaft zu sehen.

„Eine Unterbrechung des Güterstroms von den USA nach Europa könnte nur auf Kosten einer erheblichen Schädigung der amerikanischen Industrie und wirtschaftlicher Opfer des amerikanischen Volkes vor sich gehen, was im Endergebnis weit drückender auf den USA lasten würde als alle Opfer, die ein angemessenes Hilfsprogramm für den europäischen Wiederaufbau fordern mag.“

Und schließlich ein dritter Grund: eine kranke Wirtschaft birgt immer die Gefahr des politischen Radikalismus und fördert das Aufkommen totalitärer Bestrebungen. Die amerikanische Hilfsaktion war nicht nur den westeuropäischen Staaten angeboten worden. In gleicher Weise sollten auch die Sowjetunion und mit ihr die unter ihrer Kontrolle stehenden osteuropäischen Nationen partizipieren. Aber Moskau erkannte nur zu schnell, daß das Hilfsangebot hochbrisanten Sprengstoff gegen seine ureigensten Interessen in seinen Satellitenstaaten enthielt. Es bezeichnete denn auch die Vorschläge Marshalls als ein Mittel des Dollar-Imperialismus zur kapitalistischen Versklavung Europas. In seiner indirekten Wirkung — der Abwehr kommunistischer Lebensformen — ergab sich aus dem amerikanischen Hilfsprogramm notwendigerweise

Bombenangriffe und Artilleriebeschuß hatten schwere Zerstörungen verursacht. So sah es nach einem Bombenangriff auf WO (oben) und NO (unten) aus. Allein 1200 Sprengbomben wurden auf dem Werksgelände gezählt. Doch schon kurz nach dem Zusammenbruch konnte die HOAG als erstes Werk des rheinisch-westfälischen Industriereviere die Arbeit wieder aufnehmen. Am 14. Juli 1945 war die erste Walzenstraße wieder in Betrieb.

ein Interessengegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion, der sich zeitweilig in einem kalten Krieg äußerte.

Aber zurück zu Marshall. Ihm war klar, daß die USA zwar die Mittel zur Verfügung stellen können, der Erfolg aber von der aktiven Selbsthilfe der europäischen Staaten abhängt. So war denn die amerikanische Hilfe keine „Almosen“-Verteilung, sondern als eine Art Katalysator gedacht, der die europäischen Kräfte schneller aktivieren sollte. Marshall vertrat die Ansicht, daß die Beseitigung der Kriegszerstörungen wahrscheinlich geringere Aufgaben stellen werde als die Überwindung der wirtschaftlichen Desintegration.

Europa macht Inventur

Was tat Europa? England und Frankreich griffen das Angebot an und luden zu einer Konferenz nach Paris ein, an der alle späteren Unterzeichnerstaaten der OEEC (Organization for European Economic Cooperation = Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) mit Ausnahme deutscher Vertreter teilnahmen. Ergebnis der Konferenz waren ein Bericht über die europäische Situation und ein Programm für den koordinierten Wiederaufbau.

Im darauffolgenden Winter wurden in den USA auf der Grundlage des vom Ausschuß für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit entworfenen europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP = European Recovery Program) die umfangreichen politischen, gesetzgeberischen und administrativen Vorbereitungen für die Gewährung der amerikanischen Auslandshilfe an Europa getroffen.

Als sich zu Beginn des Jahres 1948 die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa weiter verschlechterten und der Gegensatz zwischen Ost und West bedrohliche Schattens warf, forderte Präsident Truman im März 1948 eine beschleunigte Entscheidung über das Europa-Hilfsprogramm. Wenige Tage später wurde das Auslandshilfe-Gesetz verab-



Im April 1948 flossen die ersten amerikanischen Dollars in das wirtschaftlich kranke Europa. Aber nicht nur Geld brachte Hilfe. Ein reger Gedankenaustausch setzte ein. Amerikanisches „know how“ trug mit dazu bei, den Wiederaufbau schnell voranzutreiben.

Ausfuhr hochqualifizierter Industrieerzeugnisse, hatte dazu keine Chance. Der Export erreichte zu Beginn des Jahres 1948 zum Beispiel in Deutschland nur den Wert von etwa 100 Mill. DM. Besaß Europa vor dem Krieg eine ausgeglichene Zahlungsbilanz, so überstieg nach 1945 die Einfuhr Westeuropas die Ausfuhr dem Werte nach um 8 Md. Dollar.

Aber nicht nur der Kontakt mit den überseeischen Ländern fehlte. Auch innerhalb der europäischen Länder war der Gütertausch kaum nennenswert. Zwar regte sich überall in zerstörten Europa wieder der Wille zum schnellen Aufbau, doch spätestens Mitte 1947 wurde deutlich, daß die völlig voneinander isolierten Anstrengungen der europäischen Länder keine Aussicht auf Erfolg haben konnten.

Die mangelnde wirtschaftliche und politische Stabilität begann in verschiedenen europäischen Ländern bedrohliche innenpolitische Spannungen hervorzurufen, die natürlich auch internationale Auswirkungen hatten und von den Vereinigten Staaten mit sehr wachem Interesse registriert wurden. Diese Entwicklung war schließlich entscheidend für die Neuorientierung der amerikanischen Europa-Politik.

Obwohl Präsident Roosevelt schon im September 1944 seine bereits erteilte Unterschrift vom Morgenthauplan zurückzog, der auch die Billigung Churchills gefunden





Die verbesserten Arbeitsbedingungen und großzügige Wohnungsbauprojekte trugen dazu bei, daß sich immer mehr Arbeitskräfte aus dem Bundesgebiet und aus der sowjetischen Zone, unter ihnen viele Jugendliche, für die Arbeit im Revier meldeten. Sie halfen durch ihren Fleiß mit, die klaffenden Wunden zu heilen, die Krieg und Nachkriegszeit der Industrie geschlagen hatten.

schiedet. Einen Teil dieses Gesetzes bildete der sogenannte Economic Cooperation Act, der für das erste Jahr des europäischen Wiederaufbauprogramms eine Hilfe von 5,3 Md. Dollar vorsah. In Europa bereiteten 16 Länder eine gemeinsame Organisation vor, mit deren Hilfe der Wirtschaftspartikularismus überwunden werden sollte. Im April 1948 wurde die Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet und mit ihr die OEEC gegründet.

Ende der Zwangswirtschaft

Die europäischen Länder hätten sich zweifellos auch ohne das amerikanische Hilfsangebot, das eine koordinierte wirtschaftliche Aufbauarbeit in Europa voraussetzte, eines Tages zusammenfinden müssen. Der Integrierungsprozeß wäre aber ungemein langwieriger verlaufen. Die Ziele und Tätigkeiten der OEEC gingen von Beginn an weit über die Durchführung des europäischen Hilfsprogramms hinaus. Als 1952 die Marshallplan-Hilfe auslief, setzten die OEEC-Mitgliedsländer ihre enge Zusammenarbeit, die sich als erfolgreich und nutzbringend erwiesen hatte, entschieden fort. Die von der OEEC als erster supranationalen Organisation auf europäischem Boden erzielten Ergebnisse waren auch die Grundlage für weitere Zusammenschlüsse und Abmachungen, wie die Europäische Zahlungsunion, der Abschluß des Schuman-Planes und nicht zuletzt auch der spätere Zusammenschluß in der EWG.

Sowohl in den USA als auch in Europa waren die organisatorischen Vorbereitungen für die amerikanische Hilfsaktion abgeschlossen. Sie wurde auf vier Jahre begrenzt. Zu ihrer Durchführung war eine finanzielle amerikanische Hilfe von 5% der insgesamt aufzuwendenden Mittel errechnet worden. Die USA schlossen mit jedem der Teilnehmerstaaten bilaterale Verträge ab, in denen die Verwendung und die Rückzahlung der Mittel geregelt wurden. Der größte Teil der Gelder war von vornherein als Zuwendung, als amerikanischer Anteil am Gesamtplan ohne Erwartung einer Rückvergütung gemeint, wengleich die Gelder als Anspruch der US-Regierung an das entsprechende Land gewertet wurden.

Der 20. Juni 1948 brachte Ordnung in die deutsche Währung. Er bedeutete eine entscheidende Wende für die Wirtschaft, denn mit ihm wurde der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft eingeleitet, die in den folgenden Jahren das System der Zwangswirtschaft ablöste. Jetzt erst konnte sich die private Initiative frei entfalten.

13 Md. Dollar für Europa

Wie sah nun das Hilfsprogramm aus: zum weitaus überwiegenden Teil wurden den ERP-Ländern Dollarbeträge zum Einkauf von Waren und Rohstoffen in den USA und anderen überseeischen Gebieten bereitgestellt. Weitere Mittel wurden zur Bezahlung der Frachten, der Verwaltungskosten usw. verwendet. Darüber hinaus aber stellten die USA auch ihre technischen Erfahrungen zur Verfügung. Fachliteratur kam über den Ozean, ein intensiver Erfahrungsaustausch amerikanischer und europäischer Fachleute setzte ein.

Der Gegenwert aus den Erlösen der geschenkten Lieferungen war in heimischer Währung auf Regierungskonten, den sogenannten Gegenwertkonten, einzuzahlen. Der deutsche Fabrikant mußte also die Waren in D-Mark zum jeweiligen Marktpreis bezahlen. Die Gegenwertmittel dienten der Finanzierung von Investitionen für den Wiederaufbau. So flossen z. B. der Eisen- und Stahlindustrie bis zur Jahresmitte 1952 etwa 163 Mill. DM Investitionskredite aus ERP-Gegenwertmitteln zu. Die Gegenwertmittel — auch ERP-Vermögen genannt — stehen als Bundesvermögen noch heute auf revolvingender Basis zur Förderung wirtschaftlicher Vorhaben zur Verfügung. So wurden seit 1949/50 bis einschließlich 1962 der Wirtschaft in der Bundesrepublik und in Berlin Finanzierungshilfen in Höhe von 16,7 Md. Mark gewährt.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Finanzierungshilfe für Entwicklungsländer aus Mitteln des ERP-Sondervermögens von 1961 konnte diesen Ländern beim Auf- und Ausbau ihrer Wirtschaft verstärkt geholfen werden. Im Jahre 1962 wurden für die Entwicklungsländer über 200 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Damit schließt sich

der Kreis wieder: Die uns in den Jahren des Wiederaufbaus gewährte Hilfe kommt nun auch den Ländern, die erst an der Schwelle ihrer Industrialisierung stehen, zugute. Die Marshall-Plan-Hilfe für Europa endete am 30. Juni 1962. Sie wurde allerdings in einer anderen Form der MSA (Verwaltung für gemeinsame Sicherheit) weitergeführt. In den vier Programmjahren betrug die an Europa gewährte Hilfe mehr als 13 Md. Dollar. Die Bundesrepublik erhielt 3,2 Md. Dollar, von denen nach dem Londoner Schuldenabkommen 1,2 Md. zurückzahlen sind.

Wie sahen nun die Erfolge der bisher in der Welt einmaligen Hilfsaktion aus? Welche Zahlen, welche Wirtschafts-

zweige man auch wählt, in allen läßt sich der rapide Aufschwung deutlich demonstrieren. Der Produktionsindex der europäischen Industrie lag etwa 150% über dem des Jahres 1938. Das Dollardefizit von 8 Md. war auf 1 Md. abgebaut. Die öffentlichen Elektrizitätswerke lieferten im Oktober 1952 über 3 Mill. kWh in das Stromleitungsnetz. Das war mehr als das Doppelte der 1948 im Monatsdurchschnitt gelieferten Mengen. Im Maschinenbau zeichnete sich die Aufwärtsentwicklung noch deutlicher ab: Setzt man die im Jahre 1936 pro Arbeitstag erstellte Produktion gleich 100, so lauten die Werte für 1948 56, für Oktober 1952 dagegen 185.

Marshall, Taufpate Europas

Europa verstand es, nicht nur mit dem amerikanischen Dollar zu „wuchern“, sondern auch das technische Wissen nutzbringend anzuwenden. Weit wirkungsvoller sogar als es die großzügigen Helfer jenseits des Atlantiks erwartet hatten. Das „know-how“ war als amerikanischer Exportartikel nicht weniger begehrt als die Dollarhilfe selbst.

Freilich läßt sich die Hilfe in ihrem vollen Umfang nicht in Zahlen und Statistiken ausdrücken. Ebenso wichtig wie der wirtschaftliche Aufschwung, von dem nach 1945 selbst Optimisten nicht zu träumen wagten, erwies sich für Europa die immer engere Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Mehr noch, Westeuropa hatte erkannt, daß nur in gemeinsamer Arbeit und nur in gleichem Geist die geschaffenen Werte erhalten werden können. Man würde George C. Marshall unrecht tun, wenn man ihn nur als maßgeblichen Förderer des europäischen Wiederaufbaus bezeichnen würde. Auch die Verwirklichung der politischen Integration war sein Ziel. Daß er aber durch die von ihm angeregte Aktion einen so entscheidenden Einfluß auf den europäischen Geist wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit ausüben würde, konnte auch er nicht voraussehen.



Überall in Deutschland, insbesondere aber im Ruhrgebiet, hatte der Krieg schwere Zerstörungen hinterlassen. Millionen Obdachloser suchten verzweifelt ein Dach über dem Kopf zu bekommen. Aus den Trümmern erwuchsen die Behelfswohnungen. Der Regen tropfte durchs Dach. Das, was man Wohnung nannte, war zugig und kalt. Kohlen zu bekommen, war so gut wie aussichtslos. Aber mit einem ungeheuren Optimismus arbeitete man am Wiederaufbau. Aus den notdürftig zusammengeflackten „Unterkünften“ zog man schon bald wieder in Wohnungen ein. Großzügige Siedlungen entstanden und die Geschäftsviertel sahen bald wieder prächtiger aus als je zuvor. Oben: Dieses traurige Bild bot die Marktstraße in Oberhausen nach 1945. Unten: . . . und heute präsentiert sie sich vom gleichen Aufnahmestandpunkt aus wieder so.



Die Zukunft des Stahls

Dr. habil. Fritz Hellwig:

1952 wurde die Montanunion gegründet. Wohl die wichtigste Vorschrift des Montanvertrages besagt, daß die Hohe Behörde in regelmäßigen Zeitabständen allgemeine Ziele für die Modernisierung, die Orientierung der Fabrikation auf lange Sicht und die Ausweitung der Produktionskapazität geben soll. Die Aufgabe, die damit der Hohen Behörde gestellt ist, ist nicht leicht. Zwar müssen die Hüttenwerke ihre Investitionspläne der Hohen Behörde mitteilen, zwar stützt sich die Arbeit auf umfangreiches statistisches Material aus den verschiedensten Industrien, von Instituten, Wirtschaftsexperten, Regierungen und Gewerkschaften, doch ist die Aufgabe, Wetterfrosch für den auf Störungen empfindlich reagieren-

Dr. Fritz Hellwig setzte sich kürzlich vor dem Kongreß der Montanstädte mit den Entwicklungsaussichten der europäischen Stahlindustrie aus der Sicht der Hohen Behörde auseinander. Nachfolgend geben wir einen Auszug aus seinen Ausführungen.

Abweichungen nicht nur...

Für 1965 rechnet man, sagte Dr. Fritz Hellwig, einschließlich Nettoexport, mit einem Rohstahlbedarf der Gemeinschaft von 89 Millionen t bei mittlerer und von 94 Millionen t bei hoher Konjunktur. Verglichen mit dem Produktionsstand der Jahre 1960 bis 1962 müßte die Rohstahlerzeugung von heute bis 1965 um 22 bis 28 Prozent steigen. Den Schätzungen, betonte Dr. Fritz Hellwig, läge aber die Annahme zugrunde, die Industrieproduktion werde um 6,1 Prozent steigen.

Die Steigerungsrate sei aber schon 1962 unterschritten worden, und für das laufende Jahr werde mit einer weiter fallenden Zuwachsrates gerechnet. Die Hohe Behörde werde auch überlegen müssen, ob die vor zwei bis drei Jahren gemachten Annahmen heute noch Gültigkeit besäßen.



... hab keine Lust mehr, klettere runter

... konjunktureller Art

Rund 100 Millionen t Rohstahlkapazität seien zur Zeit im Aufbau, während die Produktion seit 1961 nicht mehr gestiegen sei. Sie liege bei 73 Millionen t. Die Abweichung scheine nicht nur konjunktureller Art zu sein. Dr. Fritz Hellwig führt diese Entwicklung nicht zuletzt darauf zurück, daß der Export seit 1960 von 14,4 auf 12,4 Millionen t um 14 Prozent zurückgefallen sei, bei gleichem Ansteigen der Einfuhren um 28 Prozent. Wenn auch die Gesamtmenge des Stahlimports mit knapp 5 Prozent der Gemeinschaftsproduktion auf den ersten Blick geringfügig erscheine, so könne doch in konjunkturschwachen Märkten auch die kleinste Menge große Wirkungen hervor-

rufen. Gerade in den letzten Monaten habe man diese Feststellung in einem überraschenden Ausmaß treffen müssen.

Roheisenkosten nicht mehr gedeckt

Von der rückläufigen Stahlkonjunktur seien die einzelnen Mitgliedsländer unterschied-



lich betroffen. In der Bundesrepublik sei ein Rückgang der Rohstahlerzeugung um 3 Prozent festzustellen gewesen, während sie in Holland noch um 5,7 Prozent zunahm. Der Export falle, die Einfuhr steige und die Effektivpreise seien auf ein Niveau zurückgegangen, bei dem in einigen Fällen — bei Roheisen seit längerer Zeit — schon nicht mehr die Kosten gedeckt würden.

Von dieser Situation ging Dr. Fritz Hellwig aus, als er eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Rückgangs und nach den Aussichten auf längere Sicht suchte. Bei der jetzigen Lage auf dem Stahlmarkt kämen konjunkturelle und strukturelle Ursachen zusammen. In fast allen Ländern der Gemeinschaft habe die stahlintensive Verarbeitung nachgelassen. Die Zunahme des jährlichen Stahlverbrauchs in der Gemeinschaft würde seit 1961 von 7 auf weniger als 3 Prozent zurückgegangen sein. Außerdem bringe auch der technische Fortschritt eine Senkung des spezifischen Stahlverbrauchs mit sich. Dr. Fritz Hellwig erinnerte auch an die Konkurrenz von Substitutionsprodukten wie Aluminium, Kunststoff, Beton usw.

Auf dem Weltmarkt würden immer mehr Länder am Wettbewerb teilnehmen, was zu einem raschen Preisverfall geführt habe. Namentlich in den jungen Eisenländern würde abgesehen von den niedrigen Produktionskosten oft bewußt auf die Erwirtschaftung der vollen Kosten und eines Ertrages — insbesondere in den Ländern mit staatlich gelenkter Absatzpolitik — verzichtet. Hinzu komme die „Politik der offenen Tür“ in der Gemeinschaft, die im Gegensatz zu ihren wichtigsten Konkurrenz-

den Stahlmarkt zu spielen, erfahrungsgemäß mit großen Risiken verbunden. Die erste Schätzung für den zukünftigen Stahlbedarf unternahm die Hohe Behörde 1957. Auf 73,5 Millionen t Rohstahl wurde der Bedarf für das Jahr 1960 veranschlagt. Tatsächlich lag die Rohstahlerzeugung in diesem Jahr mit 72,8 Millionen t nur unwesentlich unter der Schätzzahl. Dr. habil. Fritz Hellwig, Mitglied der Hohen Behörde, dazu: „Es kann Zufall gewesen sein.“ Er betont, daß Zahlenangaben für Bedarf und Kapazität zweifellos richtig und notwendig seien. Wichtiger erscheint es ihm allerdings, eine Gesamtschau, Tendenzen, Hinweise über technische Entwicklung usw. zu geben.

ländern mit sehr niedrigen Zollsätzen Drittländer als Importeure anziehe. Die Wirkung des Niedrigzolls werde noch dadurch gemindert, daß er nicht auf die Menge, sondern auf den Wert des importierten Stahls erhoben werde. Außerdem brauche der Importeur die strikten Vorschriften des Montanvertrages über Preisveröffentlichung und Nichtdiskriminierung der Abnehmer nicht auf sich zu nehmen.

Erlösrückgang ist Investitionsbremse

Die teilweise beträchtlich unter den niedrigsten Listenpreisen liegenden Einfuhrpreise bestimmen heute weitgehend das Bild des Marktes. Daß der damit eintretende Erlösrückgang auch die Investitionsneigung der Stahlindustrie zu beeinträchtigen drohe, sei nur zu verständlich. Soweit es sich nur um eine Streckung der kapazitätsausweitenden Investitionsvorhaben handeln würde, wären diese Auswirkungen noch hinzunehmen. Einer Absprache zwischen den Unternehmen, die laufende Produktion dem schwächeren Absatz anzupassen, würden die strengen Wettbewerbsbestimmungen des Montanvertrages entgegenstehen. Eine Produktionsenkung würde nur dann wieder zu einem Marktgleichgewicht führen, wenn der Importstahl nicht an die Stelle des verminderten Inlandsangebotes treten würde. Damit aber sei zu rechnen.

Kein Protektionismus

Was ist also zu tun? Von einer Politik des reinen Protektionismus könne allerdings keine Rede sein. Doch ginge es der Hohen Behörde darum, Auswüchse in einer extremen Wettbewerbssituation zu beschneiden und offensichtliche Verzerrungen in den Wettbewerbsbestimmungen zu beseitigen. Strukturelle Verschiebungen und Schwierigkeiten, wie sie nun einmal mit der Entstehung eines gemeinsamen Marktes

verbunden sind, dürften nicht über Gebühr dadurch beschleunigt werden, daß anderen, nicht an der Gemeinschaft beteiligten Ländern und Produzenten durch offensichtliche Wettbewerbsverzerrungen ungerechtfertigte Vorteile entstünden.

Für Europa werde es darauf ankommen, jede Möglichkeit zu nutzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Eisen schaffenden Industrie zu sichern und zu stärken. Dies sei eine unternehmerische Aufgabe. Den Unter-



„... Schluß meine Dame!“

nehmen und den in ihnen arbeitenden Menschen die dafür notwendigen Grundlagen zu sichern wird die Aufgabe einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt auch einer gemeinsamen Energiepolitik in der Gemeinschaft sein.

Lieber Leser!



Jhs
H. Claus

Journalisten sollen über alles andere schreiben, nur nicht über sich selbst. So sucht man denn auch in der Presse vergebens nach journalistischen Autobiographien. Was für die Presse schlechthin gilt, soll auch für eine Werkzeugzeitung verbindlich sein.

Da aber erstens jeder gern weiß, mit wem er es zu tun hat: links mein Bild; zweitens gern wissen möchte, wer nun den Griffel für die Werkzeugzeitung spitzt, nachdem Karl-Heinz Sauerland aus dem Unternehmen ausgeschieden ist, und drittens wissen möchte, bei wem so eine richtig gepfefferte Beschwerde ankommen kann, mein Name: Helmut Claus.

Jedem Werkschriftleiter aus tiefer Seele gesprochen ist mein Wunsch nach möglichst aktiver Mitarbeit an der Werkzeugzeitung. Genau wie bisher — aber vielleicht doch noch etwas mehr.

Komm gut heim — Unter diesem Thema standen auch in diesem Jahr wieder die Verkehrssicherheitstage, die unter der Schirmherrschaft der europäischen Konferenz der Verkehrsminister auf internationaler Basis durchgeführt wurden. Komm gut heim — Ist der ausgesprochene und unausgesprochene Wunsch, der täglich Millionen Vätern, Müttern, Kindern mit auf den Weg gegeben wird.

In Deutschland kamen im letzten Jahr 14 123 Menschen nicht mehr nach Hause. Sie starben auf der Straße. Über 400 000 mußten mit schweren und leichten Verletzungen ihren Tribut an den Mofloch Verkehr zahlen. In Westeuropa erreicht die Zahl der jährlichen Verkehrstoten eine Höhe, die an erschütternde Schlachten des 2. Weltkrieges erinnert. „Schlachtfeld“ Straße — fast möchte man den Zynikern recht geben angesichts dieser schrecklichen Bilanz. Von Tag zu Tag schwillt der Verkehr auf unseren Straßen immer mächtiger an, auf Straßen teilweise, die aus allen Nähten zu platzen scheinen. Von Tag zu Tag steigt aber auch die Zahl der Unfälle. Muß das so sein? — Sind steigende Unfallzahlen — an die Kette der Kraftfahrzeugdichte gelegt — unser unausweichliches Schicksal? Mediziner, Verkehrsexperten und Psychologen sagen nein. Sie sehen viele Möglichkeiten, die unheimliche Unfallflut einzudämmen. Die wichtigste und erfolgversprechendste heißt: Verkehrsdisziplin. Aber gerade hier scheinen alle Appelle auf taube Ohren und geschlossene Augen zu stoßen.

Sicherheit beginnt ganz oben — oder gar nicht, sagt ein kürzlich in „echo der arbeit“ erschienener Artikel. Gemeint war damit die Einstellung der Werksleitung zur Arbeitssicherheit, von der in ganz entscheidendem Maße die Unfallergebnisse in einem Unternehmen abhängen. Sicherheit beginnt auch ganz unten, wollen wir heute ergänzen. Sie beginnt schon bei unseren Kindern, die als Fußgänger am Straßenverkehr teilnehmen oder zum erstenmal aufs Fahrrad steigen. Unfallverhütung endet nie. Sie ist ein ständiges Gebot für jeden Verkehrsteilnehmer. Sie stellt sich jeden Tag, jede Minute, jede Sekunde neu. In Sekundenschnelle entscheidet heute unser Verhalten über das eigene Leben und das Leben anderer. Nennen wir ruhig das Kind beim Namen: Leichtsinn, Unachtsamkeit und Fahrlässigkeit können uns zu Mördern oder Selbstmördern machen.

Wir wissen, daß die überwiegende Zahl der Verkehrsunfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen ist. Sie liegt bei 80%. Es gibt kein Moralgesetz, das für verantwortungsloses Handeln im Straßenverkehr mildernde Umstände kennt. Es gibt auch keine kleinen Sünden, über die man mit einem Augenzwinkern hinwegsieht oder die man — meist im Falle von Trunkenheit am Steuer — als Kavaliersdelikte abtun kann. „Nur einen Augenblick nicht aufgepaßt, war etwas übermüdet“ — das alles zieht nicht als Entschuldigung, wenn man sich vor Frau und Kind — und vor dem Gericht verantworten muß.

Um so weniger verständlich ist, wenn man mit einem verkehrsuntüchtigen Fahrzeug sich selbst und andere in höchstem Maße gefährdet. Der Gesetzgeber macht uns zur Pflicht, vor Fahrtbeginn die Verkehrstüchtigkeit des Fahrzeugs zu prüfen. Aber wie sieht die Praxis aus? Im Rahmen der Verkehrssicherheitstage wurden von der Verkehrspolizei die Pkw auf den Parkplätzen der HOAG in Oberhausen und Walsum überprüft. Bei insgesamt 718 Pkw wurden Bereifung, Beleuchtung, Scheibenwischer, Rückspiegel, Nummernschilder und Prüfstempel untersucht. Von den überprüften Fahrzeugen hatten 124 oder 17,3% einen oder mehrere Mängel aufzuweisen. In den meisten Fällen wurde der Zustand der Reifen beanstandet. 30 Fahrzeuge waren in einem derart sicherheitswidrigen Zustand, daß sie bei einer Straßenkontrolle der Polizei aus dem Verkehr gezogen worden wären. Wohlgermerkt — es ist nur der äußere Zustand der Wagen untersucht worden. Hätte man noch ins Innere hineingesehen und Bremsen, Lenkung und elektrische Einrichtungen überprüft — wer weiß, wie die Zahlen dann ausgesehen hätten.

Noch besorgniserregender war der Zustand der in Oberhausen und Walsum untersuchten Zweiräder. Von 887 Fahrrädern waren 288 oder 32,5% nicht in Ordnung, von 503 Motorrädern, Mopeds und Rollern hatten 94 erhebliche Mängel aufzuweisen. Nicht viel anders lauten die Ergebnisse in Gelsenkirchen. 34% aller Fahrräder, 42,6% aller Mopeds und 22,2% aller Kräder wurden beanstandet.

Die Quittung für ihre Fahrlässigkeit fanden die Besitzer an ihren Fahrzeugen. Dort hing ein Zettel mit den festgestellten Mängeln. Die Beseitigung der Mängel mußte innerhalb von acht Tagen dem Straßenverkehrsamt gemeldet werden, andernfalls waren die Fahrzeuge dem Technischen Überwachungsverein vorzuführen. Mit Sicherheit kann man sagen, daß durch diese Maßnahme mögliche Unfälle verhütet worden sind.

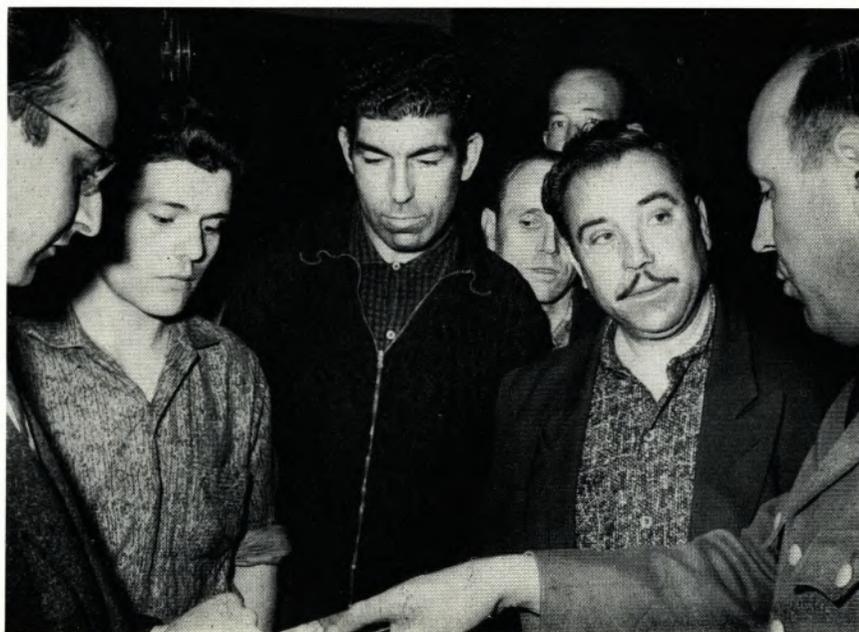
Erfreulich war dagegen die Zahl derjenigen, die ihr Reaktionsvermögen und ihre Sehleistung im Testwagen der Bundesverkehrswacht prüfen ließen. Die Aufgliederung nach Altersgruppen läßt erkennen, daß mit zunehmendem Alter, insbesondere nach dem 50. Lebensjahr, die Farbtüchtigkeit und das Reaktionsvermögen erheblich absinken. Insgesamt 236 Belegschaftsmitglieder beteiligten sich an diesem freiwilligen Test und werden sicherlich, wenn nötig, die Konsequenzen für ihre eigene Sicherheit daraus ziehen.

Die Bundesverkehrswacht, die Berufsgenossenschaften, das Verkehrsministerium, Automobilklubs, ja sogar die Kirchen mahnen in immer dringenderen Appellen, Verkehrsdisziplin zu üben, denn nicht mehr und nicht weniger als das eigene Leben steht auf dem Spiel. Das Fahrzeug gibt uns Unabhängigkeit von Raum und Zeit. Es ist heute fast schon zu einem unentbehrlichen Mittel für Beruf und Freizeit geworden. Ob wir davon den rechten Gebrauch machen, liegt an uns selbst.

Die Verkehrssicherheitstage waren auch für die HOAG Anlaß, durch umfangreiche Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Betriebes auf die Notwendigkeit verkehrssicheren Verhaltens hinzuweisen. Außerdem wurden Zebrastreifen neugestrichen, Signallampen überprüft, Verkehrsschilder aufgefrischt und Plakate mit dem Hinweis „Sicher gehen — sicher fahren“ in Werkwohnansiedlungen und in den Betriebsbereichen aufgestellt. In Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei wurden 350 kaufmännische und gewerbliche Lehrlinge sowie jugendliche Boten auf die Gefahren der Straße und die Verkehrssituationen an den wichtigsten Straßenkreuzungen Oberhausens hingewiesen. In den Wohnstätten Kleekamp und im Kettlerhaus beteiligten sich 90 spanische Belegschaftsangehörige an einer Verkehrsunterweisung.

Das Gewissen kennt keine mildernden Umstände

Vorsichtig fahren,
mit offenen Augen gehen,
Rücksicht nehmen



Es ging um die Plätze



Werksgasthaus, Gelber Saal. 18 Uhr: Die Wahlurnen werden ausgeschüttet. Die Auszählung der Stimmen zur Betriebsratswahl beginnt. 23.30 Uhr: Das Ergebnis steht fest. Die Schlacht ist geschlagen. Die Anspannung der letzten Tage steht auf den Gesichtern. Kurze Glückwünsche flattern durch den Saal, ein paar Händedrucke. Freude und Resignation stehen im Raum — wie überall, wo Wählerstimmen Zustimmung und Ablehnung bedeuten.

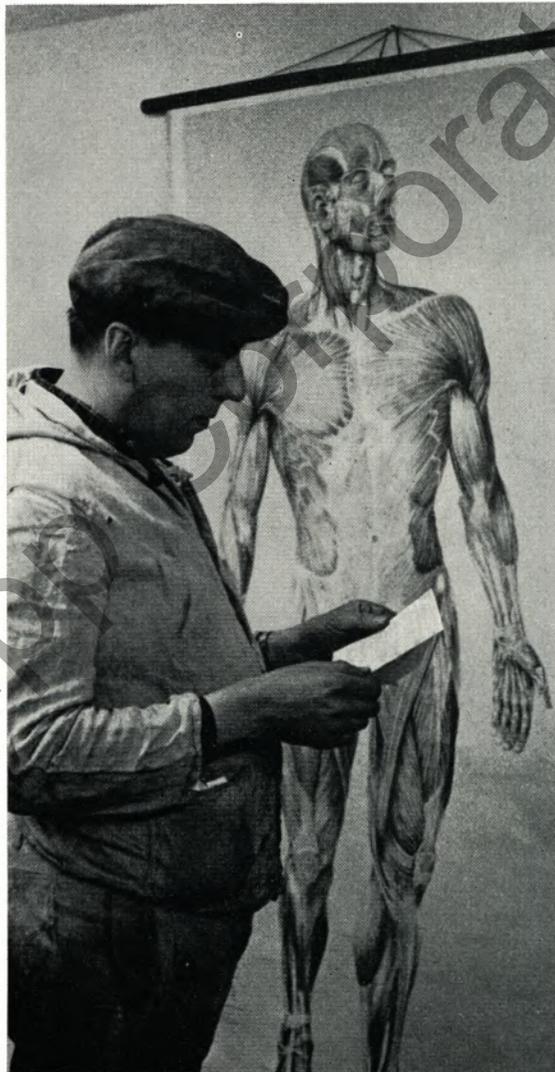
Vorausgegangen waren der Wahl harte Kampftage. Nicht immer stand die sachliche Argumentation über der persönlichen Auseinandersetzung. Nicht immer hatte der umworbene Wähler den Eindruck, daß ein in sich starker und in der Sache einiger Betriebsrat um Gunst und Stimme kämpft. Nutznießer der Zerrissenheit in den eigenen Reihen ist weder der Vorstand — noch viel weniger aber die Belegschaft. Nun, die überschwappenden Wahlwogen haben sich geglättet. Zwei neue Jahre Arbeit, zwei neue Jahre Bewährung liegen vor der neuen Betriebsvertretung.

Werk Oberhausen

Die Wahlbeteiligung auf der Arbeiterseite lag mit 70,58% etwa mit 2% niedriger als vor zwei Jahren. Von den Angestellten gaben 85,94% ihre Stimme ab (1961: 90,3%). Relativ

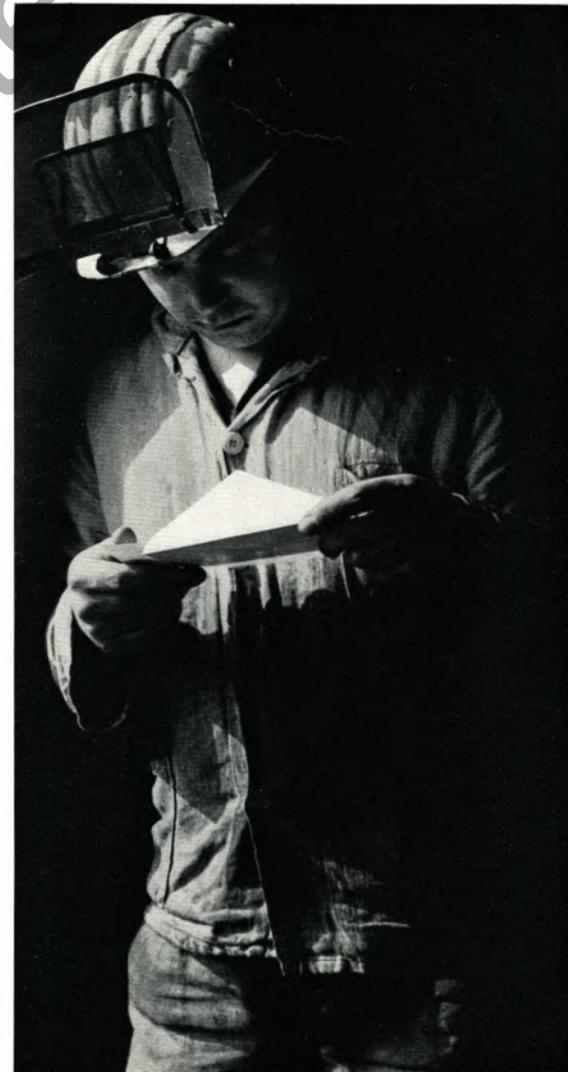
Anatomie an der Wand — Anatomie in der Hand. Vor der Wahl wird die Kandidatenliste noch einmal kritisch durchgesehen. Ob die Wahlpropaganda die Kandidaten so „durchsichtig“ gemacht hat wie das anatomische Schaubild es anzudeuten scheint?

Ohne Netz und doppelten Boden. Hermann Schumacher überzeugt sich, daß die Wahlurne leer ist. Der Deckel wird verschlossen, die Wahl kann beginnen. 88 eifrige Helfer sorgten dafür, daß die diesjährige Betriebsratswahl ohne alle Zwischenfälle verlief.



Sorgsam wacht die Hand des Gelsenkirchener Kollegen darüber, daß nur Stimmzettel in die Wahlurne geworfen werden. Das Abstimmungsergebnis in Gelsenkirchen war innerhalb weniger Stunden ermittelt. Die Arbeit des Betriebsrates wurde durch einstimmige Wiederwahl honoriert.

Rechts oben: So schnell kann man sich nicht entscheiden. Erst in Ruhe überlegen. Schließlich soll der Kollege seine Interessen vertreten, der sachlich und charakterlich die besten Voraussetzungen dafür mitbringt.



hoch war die Zahl der ungültig abgegebenen Stimmen bei den Arbeitern. 401 Belegschaftsmitglieder haben durch Abgabe eines ungültigen Stimmzettels ihrer eigenen Sache einen schlechten Dienst erwiesen.

Der neue Betriebsrat zählt wiederum 25 Mitglieder. Von der konstituierenden Sitzung wurde Johannes Stappert zum 1. Vorsitzenden gewählt. 2. Vorsitzender Hans Schönitz. 1. Schriftführer Josef Jednoralski, 2. Schriftführer Hans Bischoff. Die Ausschüsse sind wie folgt besetzt:

Erweiterter Betriebsausschuß: Stappert, Schönitz, Hahn, Möhle, Pauly, Robben, Robbers, Schlußer, Voßkühler.

Lohn- und Gehaltskommission: Hartwig, Gracz, Haas, Hahn, Lengenfeld, Möhle, Rademacher, Schlußer, Voßkühler.

Personalausschuß: Böhmer, Bischoff, Haas, Koenen, Rademacher, Robbers, Schlußer.

Wohnungsausschuß: Heinz, Koenen, Rademacher, Robbers, Schönitz, Stall.





Ganz links
Zur Stimmabgabe für die Mitarbeiter unserer Verkehrsbetriebe rollte ein fliegendes Wahllokal über die Werksbahn von Oberhausen bis Walsum.

Schmunzelnd blättert Wilhelm Spansol in seiner Liste. Solche unterschiedlichen Größen — und Gewichtsklassen — sieht man nicht alle Tage. Verbürgt ist, daß es sich nicht um jene beiden Gestalten handelt, deren umwerfende Komik uns aus den Filmen der 30er Jahre bekannt ist.

Mitte
Innerhalb von 2 1/2 Stunden waren die Stimmen ausgezählt. Die hektische Betriebsamkeit im Gelben Saal des Werksgasthauses wird durch die Bewegungsunschärfe im Foto ausgezeichnet charakterisiert.

Unten links
Auch auf der konstituierenden Sitzung des Betriebsrates in Oberhausen wurde Johannes Stappert (rechts) wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Hans Schönitz wurde 2. Vorsitzender.

Unten rechts
In Gelsenkirchen wurde der bisherige Betriebsratsvorsitzende Alfred Rudolf wieder in seinem Amt bestätigt. Als 2. Vorsitzenden wählte der Betriebsrat ebenfalls wieder Josef Jassner.

Sozialausschuß: Kilz, Bischoff, Koenen, Pauly, Robbers, Stall.

Unfallausschuß: Schönitz, Gracz, Heinz, Kilz, Robbers, Stall, Stumpe.

Bewertungsausschuß: Pauly, Schleußer, Stumpe.

Pensionsausschuß: Haas, Kilz.

Redaktionsausschuß: Robben, Voßkübler.

Jugendausschuß: Gracz, Hahn.

Werk Gelsenkirchen

In Gelsenkirchen betrug die Wahlbeteiligung auf der Arbeiterseite 85,29% (1961: 87,07%), im Angestelltenbereich 89,34% (1961: 96,66%). Personelle Veränderungen hat die Wahl nicht gebracht. Von der konstituierenden Sitzung wurden Alfred Rudolf zum 1. Vorsitzenden und Josef Jassner zum 2. Vorsitzenden gewählt. 1. Schriftführer Albert Schreiber, 2. Schriftführer Anton Lowitz. Die Ausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Betriebs- und Personalausschuß: Rudolf, Jassner, Ruhl, Lipinski, Lowitz.

Sozialausschuß: Rudolf, Heiduck, Choynowski, Lipinski, Voß, Kraska.

Wohnungsausschuß: Hützen, Hülsmann, Waschkowitz, Lowitz, Siegmund, Voß.

Unfallausschuß: Rudolf, Hützen, Hülsmann, Schreiber, Lowitz, Kraska, Schmitz, Ruhl, Siegmund, Choynowski.

Lohnausschuß: Rudolf, Kraska, Waschkowitz, Choynowski, Siegmund, Voß.

Bewertungsausschuß: Lipinski, Ruhl, Hützen.

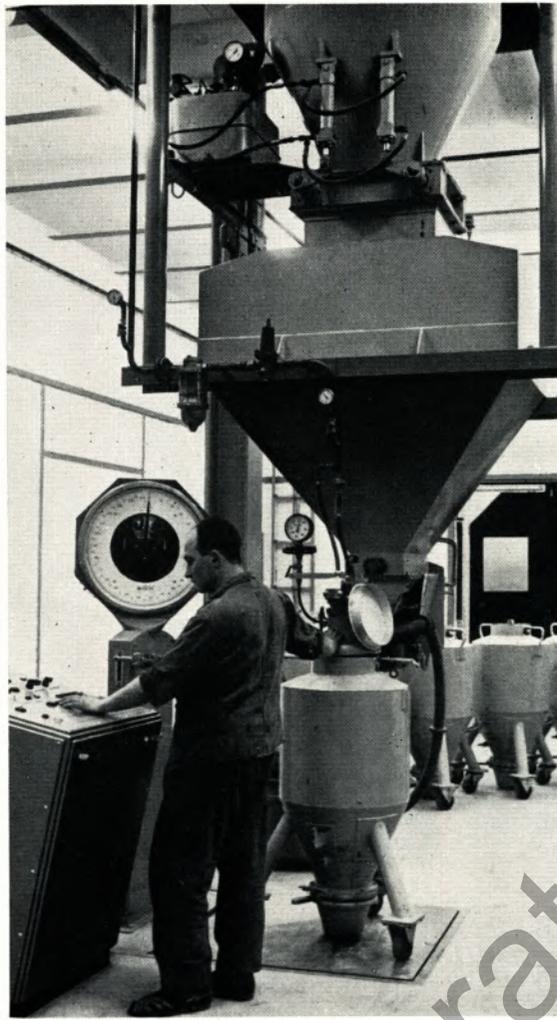
Jugendausschuß: Schmitz, Waschkowitz, Lipinski, Heiduck.

Redaktions- und Pensionsausschuß: Rudolf, Jassner.





Über 50 verschiedene Sorten Schweißelektroden stellt das Schwerter Unternehmen her. Die spezifische Eigenart einer Schweißelektrode wird im wesentlichen von der Umhüllungsmasse bestimmt. Die Zusammensetzung der Umhüllungsmasse ist darum von ganz besonderer Wichtigkeit. Aus einer Dosieranlage werden die Rohstoffe — genau nach



Rezept — in verfahrbare Wagen abgezogen. Die Anlage kann manuell als auch vollautomatisch gesteuert werden (links). Die dosierten Rohstoffe werden einer Misch- und Abfüllvorrichtung aufgegeben. Das fertige Gemisch wird in Behälter gefüllt und anschließend zur Fertigstraße transportiert (oben).



Im Juni 1962 nahm die gemeinsam von der Hüttenwerk Oberhausen AG und der Gutehoffnungshütte Aktienverein gegründete GHH-Schwerte GmbH die Produktion von Schweißelektroden, Schweißdrähten, Nieten und Kleinteilen im neuerrichteten Werk Schwerte auf. Ein in sich geschlossener fast quadratischer, flacher Werkshallentrakt, klare architektonische Linienführung, viel Glas und ringsum Grünflächen, das ist das äußere Bild. Im Innern: Übersichtliche Gliederung der Maschinen und Anlagen, folgerichtig vom Arbeitsablauf bestimmt, helle Räume.

Tausende von Schweißelektroden, Nieten, Bolzen und Kleinteilen verlassen täglich das Werk über den eigenen Bahnanschluß. Die Produktion dieser Teile ist schon GHH-Tradition. Seit Jahrzehnten hat man sich in Sterkrade bereits mit der Herstellung von Schweißelektroden befaßt. Platzmangel und das im Vergleich zu anderen Fertigungsgebieten der GHH-Sterkrade so andersgelagerte Elektrodenprogramm sowie die immer größeren Fortschritte und damit auch Anforderungen

Elektroden



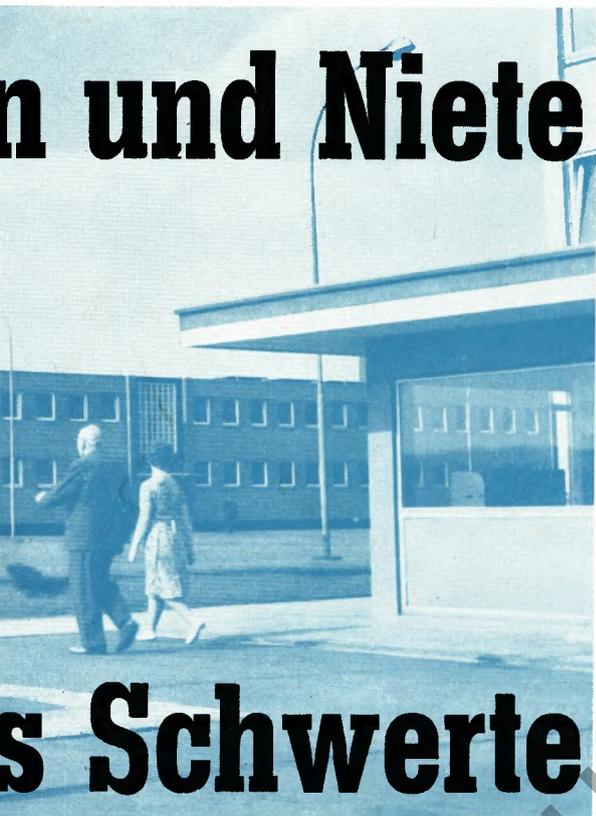
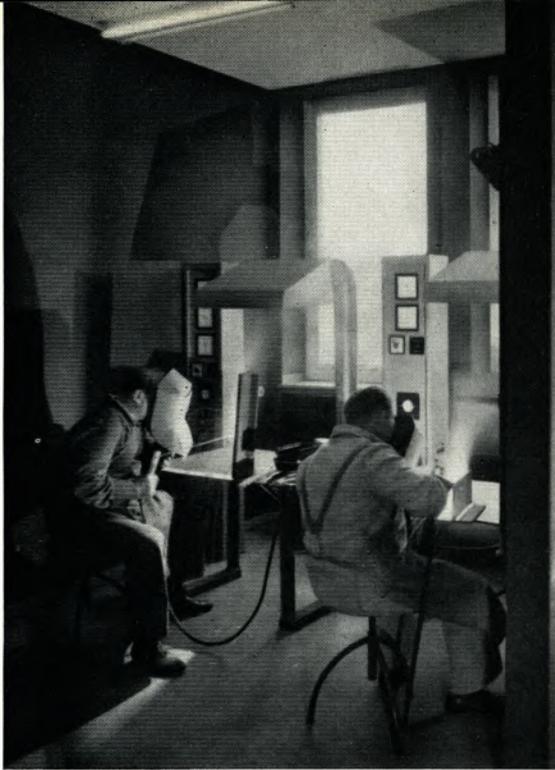
der Schweißtechnik machten einen Umzug erforderlich.

Bereits 1925 übernahm die GHH in Schwerte eine Fabrik, die als Betriebsabteilung dem Werk Gelsenkirchen unterstellt war und vor allem geschmiedete Nieten und Bolzen herstellte. Als nach dem Krieg die Kapazität erhöht und die Produktion auf kaltgepreßte Nieten umgestellt wurde, erwiesen sich die Anlagen als zu klein.

Elektrodenfertigung und Nieteproduktion sind heute unter einem Dach. Aber es geht nicht nur um die Fertigung. Im Anbau des zweistöckigen Verwaltungsgebäudes ist die Entwicklungs- und Versuchsabteilung des Schwerter Werkes untergebracht. Der Leiter der Versuchsanstalt sagte uns: „Die Entwicklung in der Schweißtechnik steht nicht still. Neue Erkenntnisse und Werkstoffe verlangen

Im Naßmischer der Fertigstraße wird das Pulver mit einem Bindemittel versetzt. Die Masse gelangt dann in die Elektrodenpresse (links im Bild) und wird auf die — je nach Verwendungszweck — 2 bis 8 mm dicken Kerndrähte gepreßt. Von einem Magnetband gehalten (im Bild rechts) wandern die Elektroden in den Durchlauf-Trockenofen.

Die Zündenden der getrockneten Elektroden werden geschliffen. Anschließend laufen sie über ein Sortierband zur Zählmaschine und werden dann verpackt.



n und Niete

s Schwerte

neue Lösungen auch von seiten der Schweißzusatzwerkstoffe. Unsere Arbeit steht im Dienste des Kunden; er stellt die Aufgaben, wir lösen sie. Laufende Verbesserungen und Neuentwicklungen sind das Ergebnis. Die tägliche Arbeit: Entwicklung, Forschung, Versuchsschweißungen, chemische und physikalische Werkstoffprüfung, ständige Kontrolle des Vor- und Fertigmateriale des Elektroden- und Nietebetriebs."

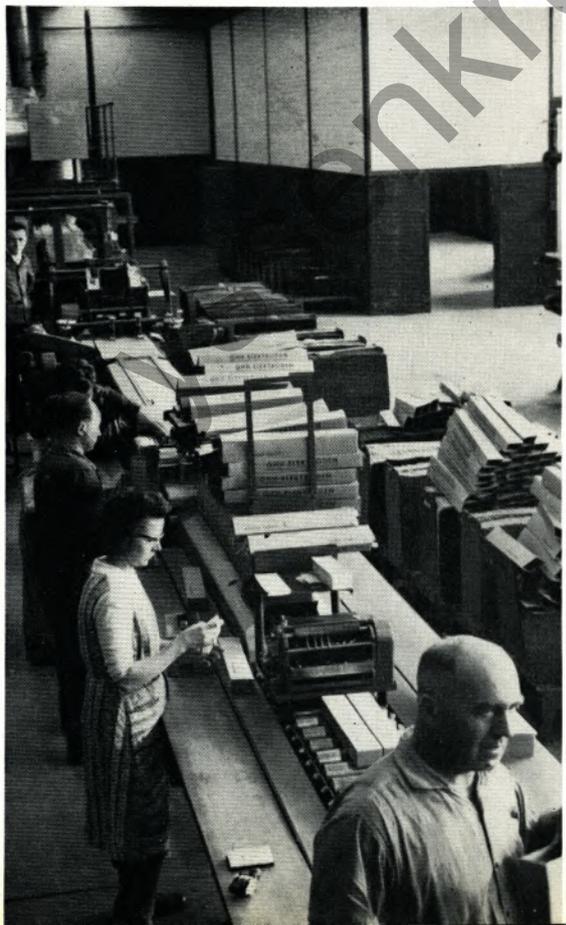
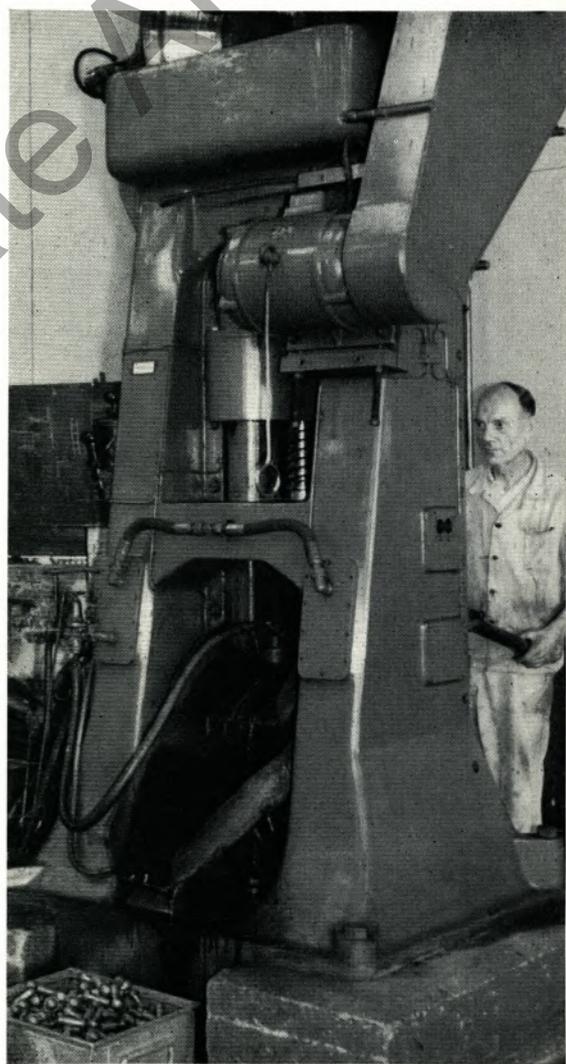
Rund 80% des für die Herstellung von Elektroden, Nieten und Kleinteilen benötigten Schweißdrahtes, Walzdrahtes und Rundeisens werden von der HOAG geliefert. Wie unser Material verarbeitet wird, schauen wir uns in Schwerte an. Die wichtigsten Stationen sind im Bild festgehalten.

Im Schweißraum werden Entwicklungs- und Versuchsschweißungen sowie die laufende Fertigungskontrolle durchgeführt. Im Rahmen der Kundenbetreuung und technischen Werbung löst das Schwerter Unternehmen spezielle, vom Kunden gestellte Schweißaufgaben. Die hier beschäftigten Schweißer sind natürlich ausgemachte „Schweißfüchse“ (oben links).

Kaltpresse zum Stauchen von Nieten. 380 bis 400 Stück in der Minute ist die Leistung dieser Maschine. Sie kann Nieten von 2 bis 4 mm Ø herstellen (oben rechts).

Auf der Warmpresse werden Nieten und Bolzen mit größerem Schaftdurchmesser aus Stangenabschnitten gepreßt, die vorher auf Schmiedetemperatur erwärmt werden (rechts).

Genau wie bei der Elektroden-Fertigung werden auch die Nieten vor Verlassen des Werkes geprüft. Feinfühligere Frauenhände eignen sich am besten für diese knifflige Arbeit (unten).



Betriebskrankenkassen berichten:

Schlechte

Vermögenslage zwang zu Beitragserhöhungen

Pakete sind nicht ihrer Verpackung wegen interessant. Ihr Inhalt ist bedeutsamer. Seit Monaten wird in Bonn und damit auch in der Tagespresse vom „Sozialpaket“ gesprochen. Noch weiß niemand zu sagen, wie sein endgültiger Inhalt aussehen wird. Sicher ist, daß drei große Vorhaben verschnürt werden sollen: die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die gesetzliche Regelung der Lohnfortzahlung und die Neuregelung der Kindergeldzahlung. Bei der Krankenversicherung schwebt den Reformern vor, die Leistungen der Kassen dem heutigen Lebensstandard anzupassen, die neuesten Erkenntnisse der Medizin allen Mitgliedern zugute kommen zu lassen — und nicht zuletzt die Eigenverantwortung der Versicherten zu heben. Erhöhte Leistungen bedeuten aber erhöhte Kosten. Ein Teil soll durch eine direkte oder indirekte Selbstbeteiligung der Versicherten aufgebracht werden. Hier scheiden sich die Geister. Wie die endgültige Regelung aussehen wird, muß abgewartet werden. In Bonn jedenfalls wird es darüber noch heftige Debatten geben.

Seit Juli 1961 ist bereits das 2. Änderungsgesetz zum Lohnfortzahlungsgesetz in Kraft, ein kleiner Happen aus dem großen Paket, für unsere beiden Betriebskrankenkassen aber ein großer Brocken. Denn hierunter fallen die Erhöhungen des Kranken- und Hausgeldes, die Verlängerung der Aussteuerungsfrist — die praktisch einem Wegfall der Aussteuerung gleichkommt — und der Wegfall des zweiten Karenztages.

In ihrem Geschäftsbericht teilen unsere beiden Betriebskrankenkassen denn auch mit, daß die Belastungen sie in voller Höhe trafen und nur durch eine Beitragserhöhung aufgefangen werden konnten. Ab 1. Oktober 1962 wurde der Beitragssatz in Oberhausen von 9% auf 10%, ab 1. April 1962 in Gelsenkirchen von 7,8% auf 9% heraufgesetzt. Auf Grund der verbesserten Vermögenslage konnte in Oberhausen der Beitragssatz ab 1. April wieder auf 9% gesenkt werden. Auch der Krankenstand zeigte in der letzten Zeit erfreulicherweise eine sinkende Tendenz.

Die nüchternen Zahlen der Geschäftsberichte unserer Betriebskrankenkassen geben Auskunft über ihre Vermögenslage und ihre verwaltende Arbeit. Sie sagen nichts über die Bemühungen, in jedem Einzelfall bestmögliche Hilfe zu gewähren. Sie sagen aber auch nichts über die Eigenverantwortung, die jedes Mitglied zu tragen hat und von der stärker denn je die Leistungsfähigkeit unserer Betriebskrankenkassen abhängt. Aber gerade daran sollte man denken, wenn man die Geschäftsberichte durchliest.

Betriebskrankenkasse Oberhausen

Bis Ende 1962 ist es gelungen, wieder ein Vermögen von 500 000,— DM anzusammeln. Diese erfreuliche Entwicklung ist eine Auswirkung des günstigen Krankenstandes, der weiterhin beachtlich unter dem Durchschnittsrankenstand im Hüttenwesen lag.

Der durchschnittliche Krankenstand von 5,21% lag um 0,49% höher als der mit 4,72% ausgewiesene Krankenstand des Vorjahres. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in ihm die über 26 Wochen Krankfeiernden mit 0,74% enthalten sind; hieraus ergibt sich, daß der Krankenstand der übrigen Krankfeiernden rückläufig war. Einer Einnahme von 9 463 151,— DM stand nur eine Ausgabe von 8 855 359,70 DM gegenüber. Die Rentnerkrankenversicherung wies wieder durch ihre nach wie vor unzureichende Beitragsregelung ein Defizit von 373 264,44 DM auf.

Organe

Die Organe der Krankenkasse, die aus dem Vorstand und der Vertreterversammlung bestehen, wurden im Mai bzw. im Juni neu gewählt. Die Tätigkeit der Organe war im Berichtsjahr sehr rege. Neben zwei Sitzungen der Vertreterversammlung fanden vier Vorstandssitzungen und 24 Sitzungen der Arbeitsausschüsse statt. Im Arbeitsausschuß, der sich mit den Grenzfällen befaßt, wurden 583 Fälle behandelt gegenüber 431 Fällen im Jahre 1961.

Widerspruchsstelle

Die Widerspruchsstelle trat am 29. Oktober 1962 zusammen, um den Einspruch von zwei Versicherten zu behandeln. Während in einem Fall der Widerspruch Erfolg hatte, wurde der zweite Widerspruch zurückgewiesen; Klage beim Sozialgericht ist erfolgt.

Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahl ist von 16 066 am 1. Januar 1962 auf 16 144 am Ende des Jahres angestiegen. Der Jahresdurchschnitt belief sich auf 16 017 gegenüber 16 037 im Vorjahr. Daneben betreute die Kasse am 31. Dezember 1962 21 335 Familienangehörige, so daß insgesamt 37 479 Personen Versicherungsschutz genießen. Auf 100 Mitglieder entfallen 153 Angehörige und auf 100 Rentner 41 Angehörige.

Einnahmen der Kasse

Die Beitragseinnahme stieg von DM 7 248 426,14 im Vorjahr auf DM 9 121 850,29 Neben den Beiträgen in Höhe von DM 9 121 850,29 entfielen auf: Kapitalerträge DM 14 488,92 sonstige Einnahmen DM 326 811,79

Die Gesamteinnahmen der Kasse beliefen sich auf DM 9 463 151,— gegenüber Rechnungsjahr 1961 DM 7 377 903,28

Beitragssätze

a) Allgemeiner Beitragssatz:	bis zum 30. 9. 1962	9,0%
	bis zum 31. 12. 1962	10,0%
b) Gekürzter Beitragssatz für Personen mit befristeter Lohnfortzahlung während der Dauer der Arbeitsunfähigkeit	bis zum 30. 9. 1962	6,1%
	bis zum 31. 12. 1962	6,8%

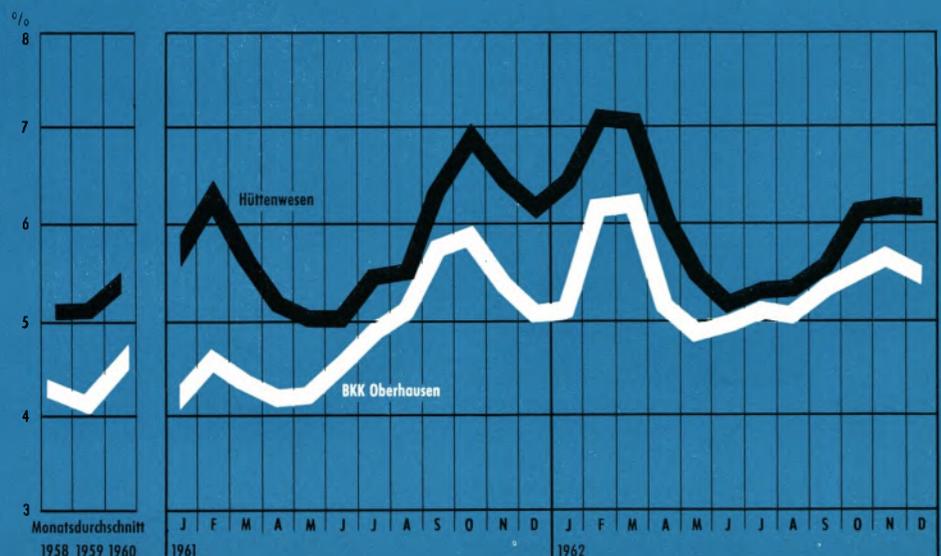
Ausgaben der Kasse

Die Gesamtausgaben der Kasse stiegen von	DM 8 069 841,91
im Vorjahr auf	DM 8 855 359,70
Von diesen Ausgaben entfielen auf:	
■ Ärztliche Behandlung	DM 1 556 603,56
■ Zahnbehandlung	DM 374 455,11
■ Arzneien und Heilmittel aus Apotheken sowie sonstige Heilmittel, Bäder, Brillen, Bruchbänder, Leibbinden usw.	DM 1 483 034,25
■ Zahnersatz	DM 240 232,94



■ Krankenhauspfegekosten	DM 1 810 754,53
■ Kranken- und Hausgeld	DM 2 875 134,79
■ Fahrtkosten und sonstige Aufwendungen	DM 21 183,19
■ Vertrauensärztlicher Dienst	DM 42 800,56
■ Erholungsverschickung	DM 26 188,98
■ Krankheitsverhütung, Gesundheitsfürsorge, Kinderkuren	DM 72 058,33
■ Mitglieder- und Familienwochenhilfe	DM 174 363,54
■ Sterbegeld	DM 164 687,10
■ Verwaltungskosten	DM 13 303,42
■ Vermögensaufwendungen	DM 559,40
In den vorgenannten Beträgen sind enthalten die Ausgaben für Rentner in Höhe von	DM 1 291 632,96
denen nur Einnahmen von	DM 918 368,52
gegenüberstehen.	

Monatlicher Durchschnittsrankenstand BKK Oberhausen und Hüttenwesen



Vermögen

Im Berichtsjahr stand einer Ausgabe von	DM 8 855 359,70
eine Einnahme gegenüber von	DM 9 463 151,—
Vermögenszunahme	DM 607 791,30
Vermögensstand am 31. 12. 1962	DM 535 884,90
Das Vermögen pro Kopf betrug am 31. 12. 1962	DM 33,19
gegenüber einem Soll von	DM 129,—
Vermögen pro Kopf am 31. 12. 1961	DM — 4,48

Krankenstand 1962

Der Durchschnittsrankenstand betrug 5,21% gegenüber 4,72% im Jahre 1961. In allen Monaten lag der Krankenstand wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt Hüttenwesens, wie nachfolgende Übersicht beweist.

	Bundesdurchschnitt (Hüttenwesens) 1962	BKK HOAG 1962
Januar	6,43%	5,11%
Februar	7,09%	6,11%
März	7,05%	6,23%
April	6,07%	5,23%
Mai	5,49%	4,79%
Juni	5,22%	4,94%
Juli	5,34%	5,07%
August	5,35%	5,05%
September	5,59%	5,29%
Oktober	6,16%	5,50%
November	6,23%	5,66%
Dezember	6,19%	5,50%

Heilverfahren

1055 Personen wurde ein Heilverfahren gewährt gegenüber 929 Personen im Vorjahr.

Betriebskrankenkasse Gelsenkirchen

Das Geschäftsjahr 1962 wurde stark beeinflusst durch die Leistungsverbesserungen des 2. Lohnfortzahlungsgesetzes, durch den weiteren Anstieg der Krankenziffer und durch Verteuerungen auf verschiedenen Leistungsgebieten.

In den ersten Monaten des Jahres 1962 überstiegen die Ausgaben die erzielten Einnahmen erheblich. Bis zum 31. 3. 1962 betrug allein die Mehrausgaben 42381,81 DM. Mit dem bis dahin erhobenen allgemeinen Beitragssatz von 7,8% konnten die laufenden Verpflichtungen der Kasse nicht mehr erfüllt werden. Auf Empfehlung des Versicherungsamtes beschlossen die Selbstverwaltungsorgane der Kasse, ab 1. 4. 1962 den allgemeinen Beitragssatz auf 9,0% heraufzusetzen.

Durch diese Beitragserhöhung gelang es, bis zum 31. 12. 62 mit einer Mehreinnahme von 22454,83 DM im Geschäftsjahr abzuschließen.

Die in den letzten Jahren auffallend hohe Fluktuation, mit der ausgeprägten Neigung dieses Personenkreises, krankzufeiern, hielt weiterhin an.

Der Krankenstand der BKK betrug im Monatsmittel des Jahres 1962 6,48% gegenüber 5,59% im Vorjahr.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Gelsenkirchener Betriebskrankenkasse wurde im Jahre 1962 ein durchschnittlicher Krankenstand von 5,92% gegenüber 5,72% im Jahre 1961 ermittelt.

Bei der Beurteilung des Krankenstandes der Kasse ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der nach altem Leistungsrecht „ausgesteuerten Arbeitsunfähigen“ besonders hoch lag. Er betrug im Jahresmittel 1962 1,02% des Mitgliederbestandes. Unter Berücksichtigung der über 26 Wochen krankfeiernden Mitglieder ergibt sich gegenüber 5,49% im Jahre 1961 ein bereinigter Krankenstand von 5,46% im Jahre 1962.

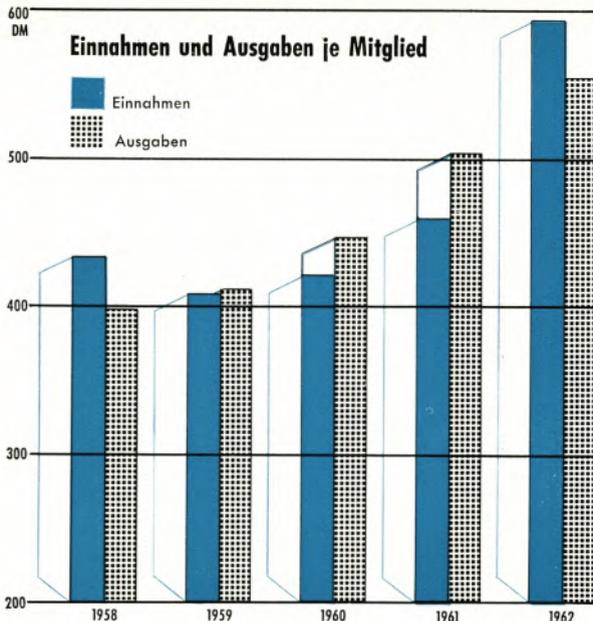
Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die große Zahl der langfristig Kranken, die überdies langjährige Mitarbeiter sind, zum schwierigsten Problem der Kasse geworden ist.

Die Krankenversicherung der Rentner bleibt immer noch das Sorgenkind der Betriebskrankenkasse, da die derzeitige Beitragsregelung keine gerechte Lösung darstellt. Die Ausgaben überstiegen auch im Jahre 1962 die Beitrags-einnahmen für diesen Versichertenkreis um 28824,78 DM. Die Mitglieder nahmen die Leistungen der Krankenkasse in 1756 Arbeitsunfähigkeitsfällen mit insgesamt 38372 Arbeitsunfähigkeits Tagen in Anspruch. Darunter waren 139 Krankenhausauffälle mit 3474 Krankenhausaufstagen.

Bei den Arbeitsunfähigkeitsfällen der Belegschaftsmitglieder bis zu 20 Lebensjahren ist ein erfreulicher Rückgang festzustellen. Es sanken die durchschnittlichen Krankheitstage je Mitglied von 23,8 Tagen im Jahre 1960 auf 11,9 Tage im Jahre 1962. Die Zahl der Krankheitsfälle auf 100 beschäftigte Mitglieder ging bei dieser Versichertengruppe von 172 Fällen im Jahre 1960 auf 102 Fälle im Jahre 1962 zurück. Bei den Belegschaftsmitgliedern bis zu 35 Lebensjahren waren im Jahre 1962 ähnliche Rückgänge zu verzeichnen.

Durch Einschaltung der Selbstverwaltungsorgane und durch entsprechende Unterrichtung wirkte die BKK auf ihre Mitglieder ein, daß ärztliche Leistungen nur in begründeten Fällen in Anspruch genommen werden sollen. Die vorsorgliche Anforderung und Verwendung von Behandlungsscheinen zu jedem Quartalsbeginn für die bei der Kasse Versicherten widerspricht dem Solidaritätsgedanken und führt zur Verfälschung der von den Ärzten und Kassenverbänden abgeschlossenen Honorarverträge.

Die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Vertrauensärztlichen Dienst war auch im vergangenen Geschäftsjahr gut. Leider konnte der Vertrauensärztliche Dienst auf Grund seiner personellen Besetzung bei stärkerem Ansteigen der Krankenziffer nicht alle Untersuchungen fristgemäß durchführen.



Erholungskuren

265 Personen wurden in Landeskrankenhäusern und Erholungsheimen bzw. Kinderheimen untergebracht gegenüber 309 Personen im Vorjahr. Die Erwachsenenverschickung erfolgte zum Westerwald und Taunus; die Kinderverschickung an die Nordsee und in den Teufburger Wald. Außerdem wurden Zuschüsse zu Badekuren gewährt.

Kassenprüfungen

Neben den laufenden Prüfungen durch die Abteilung „Innenrevision“ wurden Prüfungen durch den Krankenkassenvorstand, durch den Rechnungsprüfungsausschuß des Vorstandes, durch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und durch das Versicherungsamt der Stadt Oberhausen durchgeführt.

Die Hauptprüfung durch die Prüfer der Abteilung „Krankenversicherung“ bei der Landesversicherungsanstalt Düsseldorf fand in der Zeit vom 31. 7. 1962 bis 22. 8. 1962 statt.

Aus dem überaus günstigen Prüfbericht dieser Abteilung übernehmen wir folgende Ausführungen wörtlich aus dem Schlußbericht:

Es fällt im übrigen angenehm auf, daß sich die Geschäftsführung mit Erfolg um eine individuelle Betreuung ihrer Versicherten bemüht; sie vermeidet hierbei die Schablone und sucht ständig nach neuen Wegen, um den Versicherten den genossenschaftlichen Charakter ihrer BKK zum Bewußtsein zu bringen. Diesem Ziel dient auch die bereits erwähnte enge Zusammenarbeit zwischen BKK und Betriebsvertretung.

All diese Bemühungen finden ihren Niederschlag in den Einsparungen, die die Kasse — infolge ihres niedrigen Krankenstandes — auf den Gebieten des Barleistungswesens und der Krankenpflege zu verzeichnen hat. Hinzu kommt noch — um auch das noch einmal herauszustellen — die Mehreinnahme an Beiträgen, die sich dadurch erklärt, daß dank des guten Betriebsklimas und infolge des günstigen Krankenstandes allein 1961 mehr als 1% der Versicherten (unter Fortzahlung ihrer Beiträge) dem Arbeitsprozeß erhalten geblieben sind.

Dieser günstige Prüfbericht zwingt uns, nicht nur an dem Erreichten festzuhalten, sondern fortzuführen in dem Bestreben, neben einem günstigen Krankenstand bestmögliche Kassenleistungen bei einem niedrigen Beitragssatz zu erzielen.

Vowinkel

Organe

Im Mai 1962 fanden die Wahlen zu den Organen unserer Betriebskrankenkasse statt. Da nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht wurde, entfiel eine Wahlhandlung.

Im September 1962 schied der Vorsitzende unseres Vorstandes, Herr Dipl.-Volkswirt Josef Murawski, aus dem Vorstand aus. An seine Stelle trat Herr Dr. Alfred Heese als Vertreter des Arbeitgebers.

Aus unserer Vertreterversammlung schied durch Tod im Oktober 1962 das langjährige Mitglied, Herr Georg Weide, aus.

Im Berichtsjahr fanden 4 Sitzungen des Vorstandes und der Vertreterversammlung statt.

Widerspruchsstelle:

Im Geschäftsjahr 1962 wurde die Widerspruchsstelle nicht tätig.

■ Ausgaben für Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge	DM 8 669,90
■ Mitglieder- und Familienwochenhilfe	DM 21 884,07
■ Sterbegeld	DM 23 894,05
■ Verwaltungskosten	DM 2 170,13

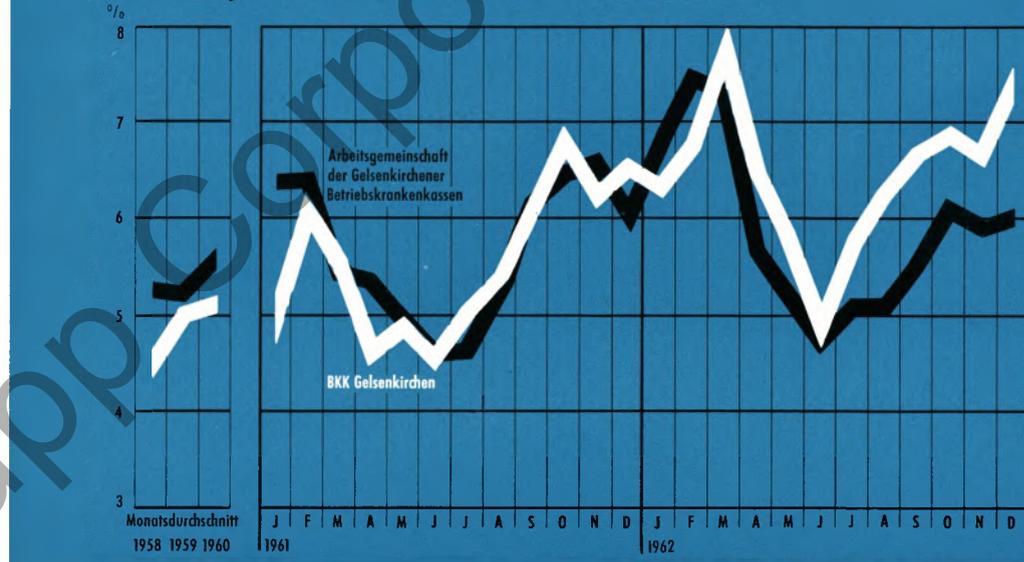
In den vorgenannten Beträgen sind enthalten:

Ausgaben für Rentner in Höhe von	DM 100 161,—
Bei einer Einnahme von nur	DM 71 336,22

Vermögen

Im Berichtsjahr stand einer Ausgabe von	DM 1 065 192,92
eine Einnahme gegenüber von	DM 1 087 647,75
Vermögenszunahme von	DM 22 454,83

Monatlicher Durchschnittsrankenstand Werk Gelsenkirchen und Arbeitsgemeinschaft der Betriebskrankenkassen Gelsenkirchen



Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahl ist von 1900 am 1. 1. 1962 auf 2922 am Ende des Jahres 1962 gestiegen. Im Laufe des Jahres 1962 standen 384 Zugänge 362 Abgänge gegenüber.

Der Jahresdurchschnitt belief sich auf 1934 Mitglieder gegenüber 1812 im Vorjahr. Davon gehörten 1962 260 Mitglieder der Kasse als Rentenbezieher oder -bewerber an gegenüber 243 Mitglieder im Jahre 1961. Die Zahl der mitversicherten Familienangehörigen beträgt in der allgemeinen Krankenversicherung 999 Ehefrauen und 1044 Kinder und sonstige Angehörige. In der Rentner-Krankenversicherung sind 103 Ehefrauen und 10 Kinder mitversichert.

Einnahmen der Kasse

Neben den Kapitalerträgen in Höhe von	DM 2 856,86
entfielen auf: sonstige Einnahmen	DM 16 564,29
Erstattungen der Rentenversicherungsträger gemäß § 183 RVO	DM 29 283,21
Beiträge	DM 1 038 943,39
Die Gesamteinnahmen der Kasse beliefen sich auf	DM 1 087 647,75
Gegenüber Rechnungsjahr 1961	DM 904 287,56
Die Beitragseinnahme stieg hierbei von	DM 892 397,93
im Vorjahr auf	DM 1 038 943,39

Ausgaben der Kasse

Die Gesamtausgaben der Kasse stiegen von	DM 932 163,94
im Vorjahr auf	DM 1 065 192,92
Von diesen Ausgaben entfielen auf:	
■ Ärztliche Behandlung und Zahnbehandlung	DM 204 950,56
■ Arzneien und Heilmittel aus Apotheken sowie sonstige Heilmittel, Bäder, Brillen, Bruchbänder, Leibbinden usw.	DM 149 687,99
■ Zahnersatz	DM 20 995,95
■ Krankenhauspfelegkosten	DM 180 883,14
■ Kranken- und Hausgeld	DM 443 429,24
■ Fahrtkosten und sonstige Aufwendungen	DM 2 496,05
■ Vertrauensärztlicher Dienst	DM 6 131,84

Somit betrug das Vermögen am 31. 12. 1962 DM 84 191,06
Das Vermögen pro Kopf betrug am 31. 12. 1962 DM 43,69
gegenüber einem Soll von DM 114,16

Krankenstand 1962

	Arbeitsg. der BKKs Gelsenkirchen	BKK Gelsenkirchen
Januar	6,79%	6,36%
Februar	7,48%	6,83%
März	7,40%	7,78%
April	5,70%	6,54%
Mai	5,19%	5,75%
Juni	4,85%	4,87%
Juli	5,11%	5,80%
August	5,10%	6,32%
September	5,49%	6,70%
Oktober	6,07%	6,90%
November	5,86%	6,68%
Dezember	6,01%	7,41%
Monatsdurchschnitt	5,92%	6,48%

Heilverfahren

Die Zahl der Heilverfahren sank im Jahre 1962 auf 90 gegenüber 107 im Jahre 1961 ab.

Erholungskuren

24 Kinder wurden zu einem Erholungsaufenthalt nach Westerland (Sylt) entsandt. Außerdem beteiligte sich die Kasse mit Kostzuschüssen an Badekuren.

Kassenprüfung

Es fanden im Berichtsjahr je eine Prüfung durch die Abteilung Krankenversicherung der LVA Westfalen in Münster und eine Prüfung durch das Versicherungsamt der Stadt Gelsenkirchen statt. Durch den Krankenkassenvorstand wurden vier unvermutete Prüfungen vorgenommen. Die Bar-Kasse wurde des öfteren durch den Geschäftsführer überprüft. Sämtliche Prüfungen ergaben keinen Anlaß zu Beanstandungen.

Pillen auf fremde Rechnung

Bei den Aufwendungen unserer Betriebskrankenkassen nehmen die Ausgaben für Medikamente ein beträchtliches Ausmaß ein. Vorstand, Vertreterversammlung und Geschäftsführung der BKK sind besorgt wegen der sich ständig mehrenden Ausgaben für Arzneimittel. Es drängt sich die Frage auf: Müssen so viel Medikamente verbraucht werden? Dabei haben eingehende Untersuchungen der Krankenkassenverbände ergeben, daß 20 Prozent der Arzneimittel überhaupt nicht verwendet werden! Viele Kassenmitglieder könnten sagen: „Was geht mich das an; es ist ja nicht mein Geld.“ Doch, es ist ihr Geld! Was für Medikamente verschwendet wird, fehlt den Krankenkassen an anderer Stelle. Der Mißbrauch und die Verschwendung von Arzneimitteln verringern die Leistungen unserer Betriebskrankenkassen!

Da begegnen sich zwei Frauen beim Einkaufen. Das Gespräch dreht sich um das Wetter, die Kinder und das eigene Befinden. „Wie geht es?“ „Ach, ich habe mal wieder solche Kopfschmerzen!“ — „Sie auch?“ „Ja, denken Sie, auch mir geht es so. Aber da habe ich ganz ausgezeichnete Tabletten, ein ganz neues Präparat. Die habe ich immer bei mir, nehmen Sie mal, gleich wird es besser sein.“

Wir haben zu viele Medikamente. Niemand übersieht mehr, wie viele es eigentlich sind.

Wir nehmen zu viele Tabletten, und niemand weiß ganz genau, wieweit er sich damit hilft oder schadet.

Leiden durch Tabletten

Die westdeutsche Arzneimittelproduktion ist in den letzten zehn Jahren um das Dreifache gestiegen. Drei von zehn Erwachsenen schlucken heute ständig Tabletten oder Pulver gegen Kopfweh. Sie tragen — oft auf dem Wege über die Krankenkassen



Pillen am laufenden Band. Die seriöse pharmazeutische Industrie hat durch intensive Forschungsarbeit viele neue Arzneimittel entwickelt und bewährt weiter verbessert. Für die moderne Medizin sind sie unentbehrlich. Ihre Wirksamkeit steht und fällt aber mit dem rechten Gebrauch. Wer sich nur auf Tabletten, Tropfen oder Pflüchchen verläßt und seine Lebensweise nicht entsprechend einrichtet, hat auf das falsche Pferd gesetzt.

Ein Vorbild für die Jugend

Mit Dr. Ernst Hilbert, der — kurz vor der Vollendung seines 74. Lebensjahres — am 20. Juni 1963 verstarb, hat unsere Belegschaft einen treuen Freund verloren. Obwohl er als Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte, der er mehr als vier Jahrzehnte angehörte, nicht unmittelbaren Einfluß auf unser Unternehmen ausübte, nahm er doch an der Entwicklung unseres Werkes großen Anteil. Vielen unserer jüngeren Belegschaftsmitgliedern händigte er als Präsident der Industrie- und Handelskammer die Lehrabschlußzeugnisse aus. In der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, deren ehrenamtlicher Leiter er ein Jahrzehnt lang war, wirkte er mit Tatkraft und Verständnis für die Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung. Überhaupt war Ernst Hilbert ein Mann mit großem sozialen Verantwortungsbewußtsein. Als Vorsitzender des Bundes- sowie Landesverbandes der Betriebskrankenkassen hat er sich um die betrieblichen Krankenkassen hoch verdient gemacht. Sein Name ist mit dem Wiederaufbau der Sozialversicherung und der Wiedereinführung der Selbstverwaltung unlösbar verbunden. Dr. Ernst Hilbert war ein jederzeit liebenswerter Mensch; seine Hilfsbereitschaft und sein hochherziges Wesen machen ihn zum Vorbild vor allem für unsere Jugend.



— monatlich rund sechs Millionen Mark in die Apotheken. Doch die meisten erwarten von den Tabletten zumeist vergebens das, was die Hersteller ihnen versprechen: sichere Hilfe gegen Schmerzen aller Art. Versuchsreihen mit zehn stark verkauften Präparaten — Marktanteil: 65 Prozent — und klinische Erfahrungen bestätigen: Schmerzmittel bringen objektiv in vielen Fällen keine Hilfe. Die meisten dieser Arzneien können dagegen bei starkem Verbrauch erst die Leiden auslösen, gegen die sie angeblich helfen sollen. Ein regelmäßiger Konsum von drei oder vier Tabletten ist bereits eine ernste Gefahr für die Gesundheit des Einnehmenden.

Gesundheit aus der Waschküche

So hat Professor Dr. Eberhard Bay, Direktor der Neurologischen Klinik der Medizinischen Akademie Düsseldorf, kürzlich in einer aufsehenerregenden Schrift festgestellt, daß durch Mißbrauch mit Analgetika (Schmerzmitteln) bereits eine deutlich meßbare Beeinträchtigung der Volksgesundheit verursacht worden ist. Physische und psychische Störungen sowie ein deutlicher Leistungsabfall sind die Folgen des überhöhten Tabletten-Konsums. In einem westfälischen Betrieb der Textilindustrie, in dem vor einiger Zeit recht freimütig Kopfschmerzpillen an die an Webautomaten beschäftigten Arbeiterinnen verteilt wurden, stieg die Krankenstand-Ursache: nervöse Störungen — um ein Vielfaches. In einer Kölner Klinik wurden während eines halben Jahres alle eingewiesenen Kranken besonders darauf befragt und untersucht, ob sie ständig Arzneimittel eingenommen hatten. Von 3442 Kranken wurde immerhin bei 1000 Patienten festgestellt, daß sie „reichlich“ Schmerz- und Beruhigungsmittel einnahmen. 350 von ihnen schluckten einwandfrei zuviel. Mit rund zehn Prozent war das eine außerordentlich hohe Zahl, zumal die Grenze, die den Mißbrauch kennzeichnete, großzügig gehandhabt wurde: drei Tabletten pro Tag.

Immer wieder zeigte sich in den letzten Jahren, daß bei zunächst als völlig harmlos geltenden Arzneimitteln schädliche Neben-

wirkungen festgestellt wurden, so daß sie schließlich ganz aus dem Handel gezogen werden mußten. In deutlicher Erinnerung ist der Fall eines Beruhigungs- und Schlafmittels, von dem eine Million Tagesdosen pro Tag in der Bundesrepublik eingenommen wurden. Eltern gaben es sogar ihren Kindern, wenn sie Ruhe haben wollten, so daß man schon von einem „medikamentösen Babysitter“ sprach.

Es gibt z. B. in Deutschland 48000 Spezialpräparate; jeden Tag kommen zwei neue dazu. Von diesen 48000 sind nur die bekanntesten 7000 in der „Roten Liste“, die jeder Arzt auf dem Schreibtisch hat, enthalten. Aber auch diese 7000 kann schon kein Arzt oder Apotheker mehr übersehen. Hierbei sind viele hervorragende Mittel, die kein Arzt in seinen Verordnungen mehr missen möchte.

Aber noch kann jeder, der das möchte, in seiner Waschküche oder sonstwo eine Firma zur Herstellung von Arzneimitteln aufmachen. Was er herstellt, legt er zur Prüfung vor; wenn es nicht beanstandet wird, dann kann er produzieren. Es gibt viele gute, seriöse und verantwortungsbewußte Arzneimittel-Hersteller. Aber es gibt leider auch viele Firmen, bei denen nicht das Wohl der Mitmenschen im Vordergrund steht, sondern ausschließlich Geschäftssinn. Die Etats der Arzneimittel-Hersteller für Reklame stiegen in den letzten sechs Jahren um das Dreifache. Allein im März dieses Jahres priesen 141 Einblendungen im Westdeutschen Fernsehen Arzneimittel an. Die Werbesprüche dieser Branche sind fast ausnahmslos kühne Übertreibungen.

Wer schwitzt hat mehr vom Leben

Worin liegt nur die Ursache der — sprechen wir es ruhig aus — Tablettsucht? In der ungesunden, nicht mehr natürlichen Lebensweise der heutigen Menschen — vielfach mit zuwenig Bewegung, zuviel Sitzen, überreichlicher Ernährung, wachsender Bequemlichkeit, mit viel Unruhe, viel Hast. Dann nimmt man eben ein paar Tabletten oder Tropfen. Jeder Bewohner der Bundesrepublik verbraucht für 20 bis 30 DM im Jahr, in einigen westeuropäischen Ländern

— die Spitze hält die Schweiz — liegt der Tablettenkonsum noch höher. In Amerika kann man sogar Tabletten aus Automaten ziehen.

Man meint: Schließlich ist man ja versichert. Die Kasse soll ruhig zahlen. Der einzelne Versicherte meint, er müsse wieder herausbekommen, was er eingezahlt hat. Irgendeine kleine Beschwerde: Her mit den Pillen!

Geht es aber nicht sehr oft auch anders? Wie machten es denn unsere Eltern und Großeltern? Da gab es zum Beispiel die guten alten Tees. Gegen Husten, zum Schwitzen, zum Abführen. Gute einfache Dinge waren es. Sie halfen. Und unsere Mütter verstanden damit umzugehen. Auch einfache Wasseranwendung schaffte oft Linderung. Brustwickel, Wadenwickel, Abwaschungen. Alle diese guten alten Hausmittel scheinen heute in Vergessenheit geraten.

Luft statt Pillen

Und dann das Schlafmittel: Soll man, wenn man schlecht einschläft, sofort zur Tablette greifen? Nein, und hundertmal nein! Am offenen Fenster einige Male tief durchatmen, für warme Füße vielleicht durch ein Weichselfußbad sorgen. Vielleicht eine leichtere Abendmahlzeit zu einem früheren Zeitpunkt

— wie oft würde das schon genügen. Verstopfung: Ist die Ernährung in Ordnung? Wird Vollkornbrot gegessen? Ist genügend Obst, Salat, Sauermilch in der Ernährung enthalten? Alle diese Überlegungen kommen vor den Tabletten.

Wir Menschen unterscheiden uns vom Tier durch die Fähigkeit, denken zu können. Wir sollten auch mal über uns nachdenken und nicht gedankenlos zur Tablette greifen, wenn der Kopf weh tut. Vielleicht hilft schon frische Luft oder eine kühle Kompresse. Es muß noch einmal klar gesagt werden, daß der Arzneimittel-Mißbrauch nur zu leicht zur Sucht, zur echten Sucht, führt und daß Jahr für Jahr manche akuten Todesfälle und schleichende Blutkrankheiten ihre Ursache in einem gedankenlosen Mißbrauch von Medikamenten haben. Auf dem vorjährigen Deutschen Apothekentag erwähnte ein Redner, daß die klassischen Suchten der früheren Zeit, Alkoholismus und Morphinismus, durch eine neue Form abgelöst worden sind: durch die praktischen, handlichen Tabletten, die entweder die Nerven beruhigen und den Schlaf fördern oder herbeiführen, und durch die sogenannten Weckmittel, die munterhalten und anregen.

Nur das, was der Arzt verordnet, sollte man einnehmen, und nur, was in Maßen eingenommen wird, hilft.

Nichts gegen eine gut eingerichtete Hausapotheke. Aber wieviel Mittelchen zwischen Puderzucker, Mehl und Suppennudeln stehen völlig nutzlos in den Schränken herum. Nach Untersuchungen der Krankenkassenverbände werden 20 Prozent der gekauften Arzneimittel überhaupt nicht verwendet. Das bedeutet nicht nur eine große finanzielle Belastung für die Kassen, sondern die oft jahrelangen Medikamente stellen obendrein noch, besonders wenn kleine Kinder im Hause sind, eine erhebliche Gefahrenquelle dar.



Leichtsinn hatte gerichtliches Nachspiel

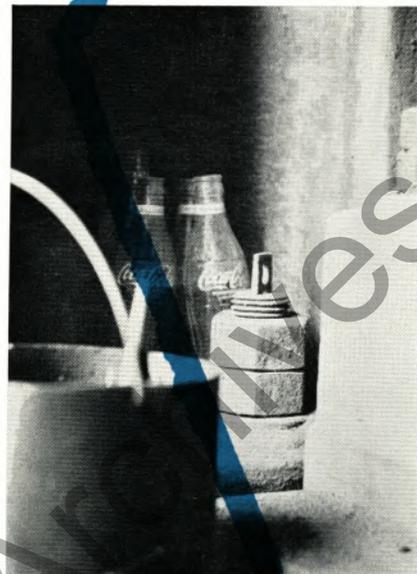
Fünf Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung

Im März dieses Jahres wurde der Betriebs-Ingenieur Rudolf Weitz tödlich verletzt. Ein Unternehmerarbeiter, der den Auftrag hatte, aus der neuen 3-m-Rohgasleitung die Versteifungsrohre und Rundhölzer auszubauen, hatte ein Versteifungsrohr aus 13 m Höhe hinabgeworfen und Rudolf Weitz damit so schwer am Kopf verletzt, daß er noch vor Einlieferung ins Krankenhaus starb. Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Unternehmerarbeiter G. nun vom Amtsgericht Oberhausen mit fünf Monaten Gefängnis bestraft. Vor Gericht mußte er bestätigen, daß er von seinem Vorarbeiter Anweisung bekommen hatte, keine Rohrleitung hinunterzuwerfen, sondern — unter Abstellung eines Sicherheitspostens — sämtliche Teile abzuseilen. Nur weil ihm das zu lange dauerte, habe er das 3 m lange Rohr hinabgeworfen. Rudolf Weitz mußte sterben, weil es G. zu umständlich und zeitraubend war, sich um die Absperrung durch einen Sicherheitsposten zu kümmern und das 31 kg schwere Rohrstück anzuseilen. Zu diesem erschütternden Vorfall erübrigt sich jeder Kommentar. Eine Konsequenz sollten wir allerdings durchaus ziehen. Leichtsinn, Fahrlässigkeit und Unachtsamkeit verdienen keine Nachsicht, auch nicht beim besten Arbeitskollegen. Und was dem Kollegen Weitz passiert ist, kann morgen dir passieren.

Meine Flasche



Deine Flasche



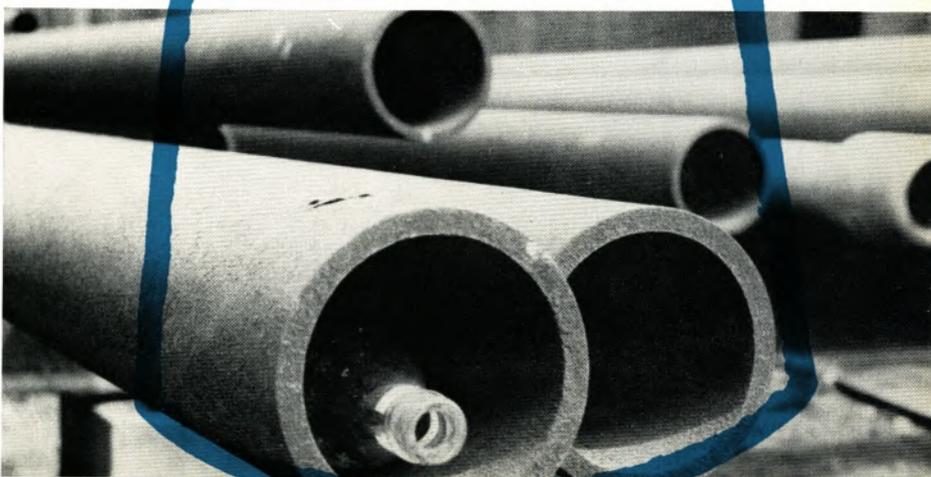
Mit Flaschen hat man immer Sorgen. Mit „solchen“ und solchen. Präziser, mit leeren Flaschen. Automaten können zwar volle Flaschen hergeben, sie sind aber keineswegs darauf spezialisiert, leere Flaschen wieder zurückzuholen. Und es würde ihnen auch nicht einfach gemacht. Sie müßten mit überentwickelten kriminalistischen Spürnasen ausgerüstet sein. Wie sollten sie auch auf den Gedanken kommen, daß selbst im Schaltkasten eines Wiegesignals Cola-Flaschen leer und einsam vor sich hinträumen. Sie wüßten zwar — ein Blick auf die leeren Flaschenständer sagte es ihnen —, daß Tausende von Flaschen ein ganz und gar zweckloses Eigenleben im Betrieb führen, aber um ihnen auf die Spur zu kommen, müßten sie täglich in Horden ausschwärmen. Sie würden bei viel Jagdglück ganze Flaschenarsenale aufstöbern. Genug jedenfalls, um einen auskömmlichen Flaschenhandel betreiben zu können. Sie würden die Erfahrung machen, daß selbst genial ausgeheckte Ostereier-Verstecke gegenüber betrieblichen Flaschennestern

„Meine Flasche, Deine Flasche“ für den Betrieb neuerdachte Versteckspiel kennenlernen, bei dem es darauf ankommt, einem Kollegen die ausgetrunkene Flasche unbenutzt unterzuschleusen. Schon fanden naturverbundene Mitarbeiter für solcherart angelandete Flaschen die treffliche Bezeichnung Kuckucksflasche. Kurz, sie würden sich



nur stümperhafte Laienkunst sind. Sie würden weitere Höhen menschlichen Raffinements erleben. So könnten sie das als

voller Bewunderung vor der menschlichen Kleintechnik im „Flasche weg — such's Versteck“ heimlich und deprimiert wieder an ihre Anschlüsse zurückstehen. Ernst wird es allerdings, wenn uns von den Verkaufsanstalten in einem nüchternen Brief die Zahl der verlorengegangenen Automatenflaschen mitgeteilt wird. Im März und April dieses Jahres waren es insgesamt 10937 Flaschen. Mit Recht verweisen die Verkaufsanstalten darauf, daß damit nicht nur in unverantwortlicher Weise Geld verschleudert wird — jede Flasche kostet 20 Pfennig —, sondern auch die regelmäßige Getränkeversorgung auf die Dauer ernsthaft in Frage gestellt ist. Wir haben den Verkaufsanstalten gesagt, es wird besser. Ob aber Appelle an Einsicht und Ordnungsliebe etwas nutzen?



Wandertip durch das Neandertal

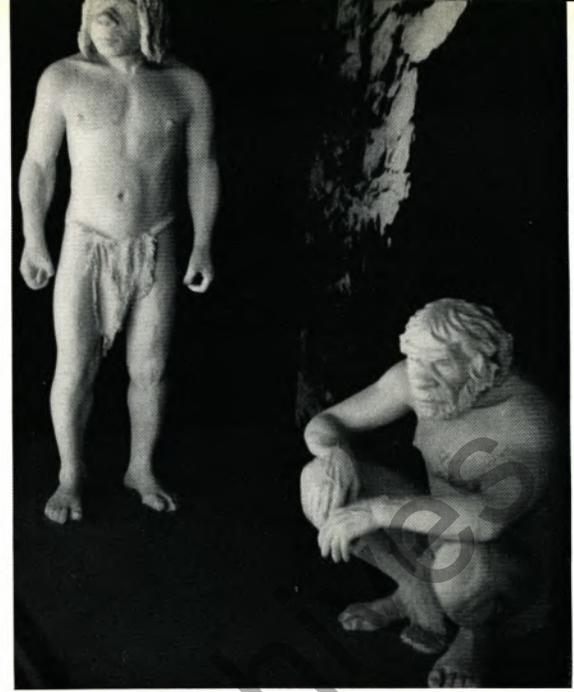
Trotz aller Vorliebe für den fahrbaren Untersatz kann man immer wieder feststellen, daß das Wort „wandern“ noch nicht aus unserem Sprachschatz gestrichen ist. An den Wochenenden ballen sich die Autos vor den Wäldern der Umgebung. Teilweise wurden große Waldparkplätze angelegt, um dem Ansturm der lufthungrigen Städter gewachsen zu sein.

Von vielen Seiten wurden wir angesprochen, die Wandertips doch wieder aufzugreifen. Wir kommen diesem Wunsch gern nach. Und da die Redaktion zweifellos nicht ihre alleinige Aufgabe im Erwandern lohnender Ziele und Wege sehen kann, hat sie jederzeit ein offenes Ohr für Wanderhinweise aus dem Leserkreis.

Wenn wir unsere erste Wanderung ins Neandertal machen, dann kommen wir zu einem etwas seltsamen Urahnen, einem Menschen, der in Zeiten und Verhältnissen gelebt hat, die wir uns heute nicht mehr recht vorstellen können. In diesem Tal zwischen Düsseldorf und Elberfeld hat man

Geschlechtes mit fliehendem Kinn und kegelförmigem Hinterkopf angehört. Dieser Homo neandertalensis, wie ihn der englische Wissenschaftler King zeichnete, lebte, wenn man überhaupt eine Zeitangabe machen darf, etwa 250000 bis 100000 v. Chr.

Wie unser Urahn, der nachweislich auch in andern Ländern gelebt hat, ausgesehen hat? Ein Steinbild von ihm kann man im Garten eines Restaurants im Neandertal sehen. Laßt euch von seinem finsternen Blick nicht irremachen. Mit dem gewaltigen Knüppel, den er in der Hand hat, kann er heute nichts mehr anfangen. Er hat ja Jagd auf Riesenhirsche, Waldelefanten, Wisente, Mammute und ähnliches Getier machen müssen. Vergeßt nicht, das nahe Wildgehege aufzusuchen. Dort könnt ihr sehen, wie allerlei Tiere, die denen aus der Zeit des Neandertalers, der Eiszeit, ähneln — sie sind durch Rückzüchtung gewonnen —, Wisente, Rentiere, Wildpferde, Rot- und Dammschaf, friedlich nebeneinander leben. Ihr könnt auch in das urgeschichtliche Museum gehen,



Nur aus Gips sind die Nachbarn aus vorhistorischer Zeit. Lebensweise und Umwelt des Neandertalers sind im Museum dargestellt.



1856 ein bruchstückhaftes menschliches Skelett gefunden, das die Wissenschaft damals in helle Aufregung versetzte. Die Gebeine stammen aus der vorhistorischen Zeit. Sie haben einstens einem urtypischen Individuum unseres

das mit seinen zahlreichen Funden die Lebensweise und Umwelt des Neandertalers schildert.

Zur Zeit, als der bedeutendste Liederdichter der reformierten Kirche, Joachim Neander, nach dem später das

ganze Tal benannt wurde, von Düsseldorf aus sehr oft dieses Tal besucht hat, gab es hier noch idyllische Tropfsteingrotten. Dieses herrliche Fleckchen Natur, das damals noch „das Gestein“ hieß, soll Neander zu seinem bekanntesten Liede „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ unmittelbar veranlaßt haben.

Hat auch der Steinbruchbetrieb, der Abbau des Massenkalks, manche Schönheit des alten „Gesteins“ zerstört, so birgt dieses reizende Tal, seit 1921 Naturschutzgebiet, heute noch viel Schönheit und Romantik. Durchstreift man seine Wiesen und Wälder, so hört man das Murmeln des Mettmannbaches und das Rauschen der springlustigen Düssel (Düsseldorf). Hier muß man sich „ergehen“. Zahlreiche Wegweiser helfen euch, Schönheiten nicht zu verpassen und euch zu den Ausgangspunkten zurückzuführen. Ihr findet auch noch seltene Flora und eine bunte und sangeslustige Vogelwelt. Vergeßt auch nicht zur „Alten Burg“ zu gehen, einer spätkarolingischen Wallbefestigung. Wer motorisiert ins Neandertal kommt, mag auch noch einen weiteren Ausflug zur „Winkelsmühle“ machen.

Wie man ins Neandertal kommen kann? Na, es wird ja wenige geben, die die 2¼ Stunden von Düsseldorf aus zu Fuß hinwandern. Sie fahren am besten auf der Autobahn bis Erkrath und von dort direkt ins Neandertal.

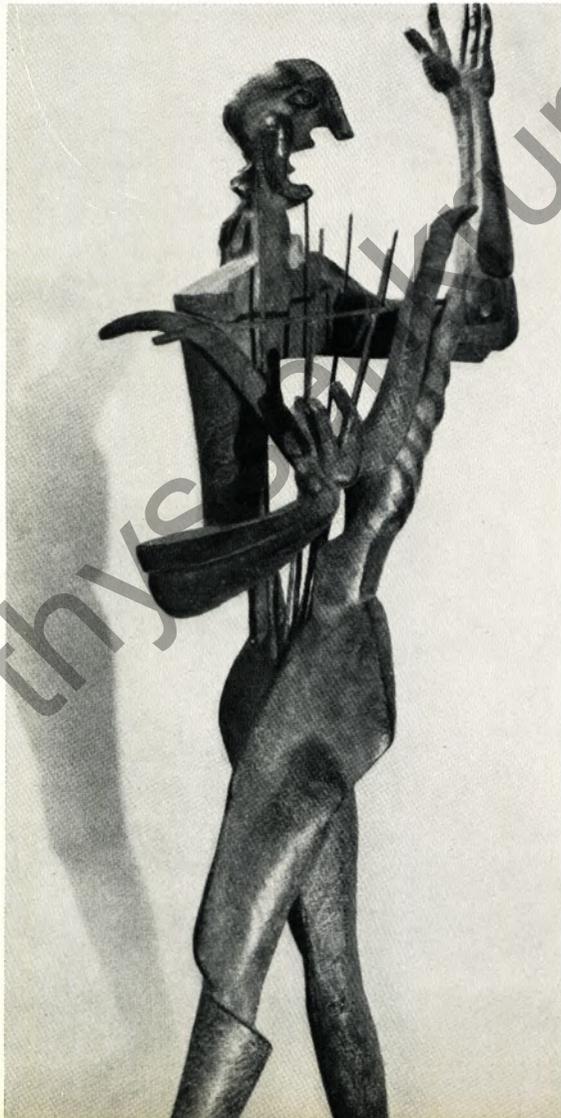
„Gesammelt im Ruhrgebiet“

Unter diesem Motto stellt die Festspielleitung der 17. Ruhrfestspiele in Recklinghausen bis zum 16. Juli Kunstwerke aus drei Jahrtausenden vor. „Wir möchten helfen, die verbreitete irriige Vorstellung zu berichtigen, daß Nordrhein-Westfalen ein Land mit nur industrieller Produktion sei, und wir wollen dies tun, indem wir mit einer Gesamtdarstellung seines kulturellen Schaffens dessen Wert deutlich aufzeigen“, so Otto Burmeister, Initiator und Leiter der Ruhrfestspiele, zur diesjährigen Eröffnung.

Die Kunstausstellung ist denn auch mehr als nur eine respektable Abrundung des Bildes, das die Festspielleitung vom „Kulturland Nordrhein-Westfalen“ geben will. Zusammengetragen aus 23 Museen und 34 Privatsammlungen aus der Riesenstadt Ruhrgebiet, legt sie beredtes Zeugnis davon ab, daß neben Fördertürmen, Hochöfen und rauchenden Schloten auch die Bildende Kunst hier zu Hause ist. Der Besucher wird keine vom Thema her in sich ge-

schlossene Ausstellung vorfinden. Der Akzent liegt auf „gesammelt“ im Ruhrgebiet. Der Bogen ist weit gespannt. Es ist ein Gang durch drei Jahrtausende bildender Kunst. Nicht an der Leine kunsthistorischer Systematik, doch jedes Stück ein erlesenes Kleinod, wert, gesehen und aufgenommen zu werden.

Im Vordergrund steht die Moderne: Bilder von Kandinsky, Klee, Baumeister, Feininger, Kirchner, Picasso und Chagall. Vertreten sind aber auch Altdorfer, Cranach, Rembrandt, Frans Hals, Breughel — bis zum Kopf der ägyptischen Königin Nofretete aus dem zweiten Jahrtausend vor Chr. Im alten Rathaus der Stadt Recklinghausen stellen sich in einer zweiten Ausstellung Laienkünstler mit zahlreichen Arbeiten — Blei- und Federzeichnungen, Linolschnitten, Gemälden und Schnitzarbeiten — dem Betrachter vor. Eine Auswahl aus dem künstlerischen Freiheitsschaffen der Ruhrgebietler.



Frei sein wie die Väter...?

Von Freiheit und „Freiheit“

11. Fortsetzung

Die Feindseligkeit, die Hitler der demokratischen Staatsauffassung und der Idee der persönlichen Freiheit gegenüber an den Tag legte, zeigt sich in seiner Reichstagsrede vom 20. Februar 1938. Er sagte wörtlich: „Wer sich der Aufgabe verpflichtet fühlt, die Führung eines Volkes zu übernehmen, ist nicht den Gesetzen parlamentarischer Gepflogenheiten verantwortlich oder einer bestimmten Auffassung verpflichtet, sondern ausschließlich der ihm auferlegten Mission. Und wer diese Mission dann stört, ist ein Feind des Volkes.“ „Unsere Verfassung“, so schrieb Dr. Hans Franck, der führende Jurist des nationalsozialistischen Deutschland am 20. Mai 1936 im „Völkischen Beobachter“, „ist der Wille des Führers.“ Das war buchstäblich wahr. Die Weimarer Verfassung ist niemals durch eine andere ersetzt, sondern einfach durch das Ermächtigungsgesetz, das Hitler alle Macht gab, außer Kraft gesetzt worden.

Der deutsche Widerstand

Die Grundlage von Hitlers politischem Glauben war ein primitiver Darwinismus. „Der Kampf hat den Menschen großgemacht. Welches Ziel der Mensch auch erreicht hat, er verdankt es seiner Schöpferkraft und Brutalität“, erklärte er am 2. April 1938 in einer Rede in Chemnitz. Am 13. April 1923 hatte er in einer Rede in München ausgeführt: „Die ganze Natur ist ein ewiges Ringen zwischen Kraft und Schwäche, ein ewiger Sieg des Starken über den Schwachen. Nichts als Fäulnis wäre in der Natur, wenn es anders wäre. Auch in der Politik ist das so. Stets hat vor Gott und der Welt der Stärkere das Recht, seinen Willen durchzusetzen. Wer nicht die Kraft hat, dem nutzt das Recht an sich gar nichts.“ In diesen kurzen Sätzen offenbart sich der wahre Charakter des Nationalsozialismus, die Vernichtung aller derjenigen, die Menschlichkeit und Gerechtigkeit wollten.

Nun ist es aber nicht so, daß alle Deutschen vor den Nazis, den Totengräbern von Recht und Freiheit, kapituliert hätten. Nichts ist gefährlicher als Kollektivurteile bzw. Vorurteile. Was auch immer von Deutschen und im deutschen Namen während des Dritten Reiches an Schlimmem und Infernalischem begangen wurde, soll hier nicht verharmlost oder gar aus unserem Bewußtsein verdrängt werden, doch darf darüber auch nicht vergessen werden, daß es auch in Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1945 einen echten Widerstand gegen Terror und Diktatur gab. Denn es waren, wie immer in der Welt, auch in „Großdeutschland“ redlich und ehrlich denkende Menschen, von denen gesprochen werden muß, wenn von der Geschichte der Freiheit in Deutschland die Rede ist.

Mehr als eine Million Deutsche sind in den Jahren 1933 bis 1945 längere oder kürzere Zeit in Konzentrationslagern festgehalten worden, Tausende von ihnen kamen um. Seit Kriegsbeginn füllten sich außerdem die Lager mit Bewohnern der besetzten Gebiete. Neben diesen Opfern des politischen Terrors stehen die des Rassenwahns. Es wird geschätzt, daß zwischen vier und sechs Millionen europäischer Juden dem organisierten Massenmord zum Opfer fielen.

Blutopfer der sozialistischen Parteien

Gerade die Behandlung der Juden war es, die viele Deutsche zu erbitterten Gegnern des Nationalsozialismus werden ließ. Doch in den ersten Jahren des Dritten Reiches war ein so furchtbares Verbrechen noch nicht für alle so deutlich voraussehbar. Zunächst waren es andere Gründe, die zur Opposition veranlaßten: die Beseitigung

von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die brutale Verletzung der Menschenwürde und schließlich die Außenpolitik, die bewußt auf einen neuen Krieg hinsteuerte, auf einen Krieg, der für die Menschheit entsetzliches Elend bringen und Deutschland in den Abgrund führen mußte.

Wenn wir vom Widerstand in Deutschland sprechen, dann denken wir in erster Linie an den Aufstandsversuch des 20. Juli 1944. Aber Tausende deutscher Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes haben nicht minder entschlossen gegen das System des Unrechts gekämpft und dafür ihr Leben gelassen. Wir kennen ihre Namen kaum, selten wissen wir von ihren Taten. Doch vor ihrem Opfer beugen wir uns in Ehrfurcht, auch dann, wenn wir mit ihren Motiven nicht übereinstimmen können. So bedeutete für die Kommunisten die Zeit des Dritten Reiches wohl vorwiegend eine Fortsetzung des politischen Kampfes gegen den Kapitalismus. Sie waren daher die ersten, die mit aller Härte verfolgt wurden. Dennoch hielten viele an ihrer Überzeugung fest. Weitaus die meisten Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland waren Kommunisten. Vielen von ihnen täten wir Unrecht, wenn wir in ihnen bloße Diener der Interessen einer fremden Macht sehen wollten. Eine solche Einstellung hat es zwar auch gegeben, aber es gab hier auch echten Idealismus.

Aus ebenso entschiedener weltanschaulicher Gegnerschaft traten überzeugte Sozialdemokraten in die Opposition. Hier war es ihre traditionelle demokratische Haltung, die einerseits gegen die Beseitigung der Grundrechte opponieren, die andererseits aber Gewaltanwendung und Illegalität als wesensfremd empfinden mußte. Nach schweren Gewissenskämpfen fanden sich auch hier Widerstandsgruppen zusammen, die mit dem Exilvorstand der Partei in Verbindung traten und auf diese Weise dem Ausland Kenntnis von dem wahren Charakter des Nationalsozialismus gaben.

Die Blutopfer der Kommunisten und Sozialdemokraten waren sehr groß. Allein von den 137 Abgeordneten des Reichstags und der Landtage, die ihr Leben lassen mußten gehörten 62 der SPD, 57 der KPD an. Darüber hinaus führte die Erbitterung über die Aufhebung gewerkschaftlicher Rechte (Kollektionsfreiheit, Streik usw.) und Empörung über die Verletzung der menschlichen Würde viele Gewerkschaftler aller Richtungen in den Widerstand und in den Tod. Es können hier nicht alle die Namen jener

aufrechten Männer und Frauen aufgezählt werden, die dem Henker zum Opfer fielen. Symbolisch für die vielen Unbekannten seien hier erwähnt: Julius Leber und Rudolf Breitscheid.

Kirchen in Opposition

Der geistig-weltanschauliche Alleinherrschaftsanspruch des Nationalsozialismus mußte zwangsläufig zum Konflikt auch mit den Religionsgemeinschaften führen. Die beiden großen Kirchen suchte der Staat zunächst für sich zu gewinnen. Mit der katholischen Kirche wurde ein Konkordat geschlossen, das den deutschen Katholiken zwar einen gewissen Rechtsschutz gab, dessen Bestimmungen im einzelnen von den Nationalsozialisten nie eingehalten worden sind. Immer mehr wurde die kirchliche Arbeit erschwert, die ständig überwachten Geistlichen wurden schon bei geringfügigen „Verstößen gegen die Staatsautorität“ zur Rechenschaft gezogen.

Zur Eroberung und Gleichschaltung der evangelischen Kirche bediente sich die Partei 1933 einer kirchlichen Gruppe, der „Deutschen Christen“. Gegen den Versuch, Lehre und Ordnung der Kirche nach dem Vorbild des nationalsozialistischen Führerstaates auszurichten, erhob sich als Opposition die „Bekennende Kirche“. Je schärfer der Kirchenkampf wurde, desto fester schlossen sich die bekennenden Christen zusammen, desto größer wurde ihre Zahl. Trotz aller Verbote und Schikanen ist es den Nazis nicht gelungen, die kirchliche Opposition in Deutschland zu unterdrücken. Männer wie der protestantische Pfarrer Martin Niemöller oder der katholische Bischof von Münster, Kardinal Clemens August Graf von Galen, wurden zu Symbolen des kirchlichen Widerstandes gegen Hitler. Viele Christen erlitten Haft und Märtyrertod, erinnert sei nur an den Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, das geistige Haupt der „Bekennenden Kirche“.

Die Angehörigen der Mittelparteien der Weimarer Republik wurden von den Ereignissen des Jahres 1933 völlig überrumpelt und zunächst von Hitlers raffinierten Täuschungsmanövern geblendet. Nachdem sich ihre Hoffnung, Hitler werde sich in vernünftige Bahnen lenken lassen und Deutschland zu neuer Blüte führen, als trügerisch erwiesen hatte, rangen sich viele von ihnen — wenn auch nur zögernd und nach schweren Gewissenskämpfen — zum Widerstand durch. Zu ihnen traten Fachleute aus Ver-

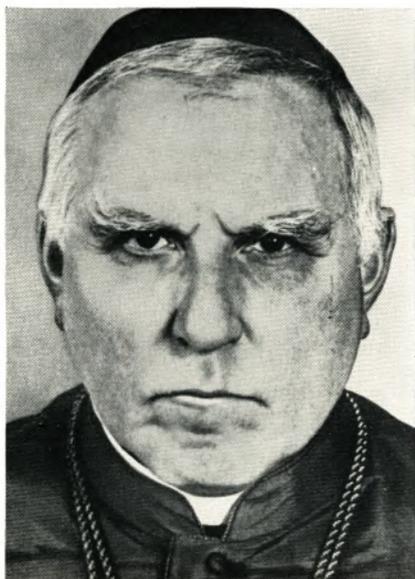
waltung, Diplomatie und Wehrmacht, die dem von hier ausgehenden Widerstand besonderes Gewicht verliehen. Eine straffe Organisation der Gegner des Regimes war im Gestapo-Staat nicht möglich, aber persönliche Bekanntschaften schufen über die herkömmlichen politischen Abgrenzungen hinaus die Voraussetzungen für den einzigen Aufstandsversuch größerer Prägung — den 20. Juli 1944 — bei dem alle Widerstandsgruppen zusammenwirkten.

Es war sicherlich kein Zufall, daß der von den Widerstandsgruppen zum Regierungschef eines neuen Deutschland ausersehene ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler als dieser „Mitte“ zugehörig angesehen werden muß. Er sollte die Brücke schlagen zwischen der Linken und den Generälen. Goerdeler, ein aufrechter Demokrat, der sich nach dem Scheitern des Putsches vom 20. Juli einer Verhaftung zunächst durch die Flucht entziehen konnte, später aber denunziert und hingerichtet wurde, hatte 1943 in einem Brief sowohl an kommunistische, sozialdemokratische und liberaldemokratische Widerständler als auch an einige Generäle appelliert: „Es ist ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die seelische Kraft des deutschen Volkes erschöpft sei; sie ist nur planmäßig verschüttet. Es ist also die Aufgabe einer rettenden Tat, die Deckmasse, das heißt das Geheimnis und den Terror hinwegzuräumen, Recht und Anstand wiederherzustellen und damit einen ungeheuren seelischen Kraftzuwachs frei zu machen. Lassen wir uns nicht in unserem Glauben daran beirren, daß das deutsche Volk, wie in der Vergangenheit, so auch für die Zukunft, dies will: Gerechtigkeit, Redlichkeit, Wahrhaftigkeit!“

Kampf gegen Unrecht und Terror

Das Bild des Widerstandes wäre unvollständig, gedächte man nicht der vielen einzelnen, die allein auf sich gestellt, in ihrem Wirkungsbereich gegen Unrecht und Terror ankämpften. Deutsche aller Parteien, Konfessionen und Stände haben gegen die Nazis unter Einsatz ihres Lebens gekämpft. Sozialistische und christliche Gewerkschaftler, Republikaner und Monarchisten, Künstler, Studenten, Fabrikanten und Arbeiter — Frauen und Männer aller Altersklassen und Schichten. Unvergessen bleibt der Opfergang der Geschwister Sophie und Hans Scholl, die

Kardinal von Galen: Vom Recht auf Freiheit



Immer wieder wandte der Bischof von Münster sich mit anklagenden Worten gegen das Nazi-regime. Den „wohl bisher schwersten Angriff gegen die deutsche Staatsführung“ nannte ein Bericht des Sicherheitsdienstes die Rede des Bischofs vom 13. Juni 1941, in der er öffentlich ausführte: „Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Das haben viele deutsche Volksgenossen im Laufe der letzten Jahre an sich erfahren. Keiner von uns ist sicher, und mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt und in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich dies heute öffentlich aussprechen: Die Gerechtigkeit ist das einzig tragfähigste Fundament aller Staatswesen. Das Recht auf Leben, auf Unverletzlichkeit, auf Freiheit ist ein unentbehrlicher Teil jeder sittlichen Gemeinschaftsordnung. Der Staat, der diese von Gott gewollte Ordnung überschreitet und die Bestrafung Unschuldiger zuläßt oder veranlaßt, untergräbt seine eigene Autorität und die Achtung vor seiner Hoheit in den Gewissen der Staatsbürger. Die Pflicht meines bischöflichen Amtes, für die sittliche Ordnung einzutreten, die Pflicht meines Eides, in dem ich vor Gott und vor dem Vertreter der Reichsregierung gelobt habe, jeden Schaden zu verhüten, der das deutsche Volk bedrohen könnte, drängen mich, angesichts der Taten der Geheimen Staatspolizei diese Tatsachen öffentlich warnend auszusprechen.“

Am 20. Juli 1941 sagte der Bischof in einer Predigt: „Hart werden! Fest bleiben! Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß. Fragt den Schmiedemeister und laßt es euch von ihm sagen: Was auf dem Amboß geschmiedet wird, erhält seine Form nicht nur von dem Hammer, sondern auch vom Amboß... Wie hart der Hammer auch zuschlägt, der Amboß steht in ruhiger Festigkeit da und wird noch lange dazu dienen, das zu formen, was neu geschmiedet wird. Das sind die zu Unrecht Ingekerkerten, die schuldlos Ausgewiesenen und Verbannten. Gott wird ihnen beistehen, daß sie Form und Haltung christlicher Festigkeit nicht verlieren, wenn der Hammer der Verfolgung sie bitter trifft und ihnen ungerechte Wunden schlägt... Werdet hart!“

am 22. Februar 1943 in München den Weg zum Schafott antraten, weil sie Freiheit und Menschenwürde höher achteten als nationalsozialistische Willkürherrschaft. Die beiden Münchener Studenten gehörten zur Widerstandsgruppe „Die weiße Rose“. Sie büßten die Verteilung von Flugblättern in der Münchener Universität mit dem Tode.

Der deutschen Öffentlichkeit wurde er erst in der Weimarer Republik bekannt, als Organisator der Bewegung „Nie wieder Krieg“, und, seit 1927, als Herausgeber der „Weltbühne“, deren Beiträge von den schärfsten Federn der Zeit geschrieben wurden. Ossietzky stand ideologisch im sozialisti-

Ersehung mit der eines Zigeunerprimas verglich und Goebbels eine „hysterische Käsemilbe“ nannte. Wenige Wochen nach der Machtergreifung wurde er verhaftet. Warnungen und Vorschläge einer Flucht ins Ausland hatte er in den Wind geschlagen: er blieb an seinem Platz, um den Schwankenden ein Beispiel zu geben. Er kam ins KZ. Die üblichen Methoden der Gestapo versagten bei ihm, er blieb unversöhnlich, ungebrochen. Als ihm 1935 — als bisher einzigem Deutschen — der Friedens-Nobelpreis verliehen werden sollte, entließ man ihn in ein Lazarett. Göring versprach dem Todkranken goldene Berge, wenn er die Annahme des Preises ablehne. Ossietzky blieb standhaft, wies den Vorschlag ab und starb, aus dem KZ entlassen, bald an den Folgen der Haft. Der Schweizer Professor Carl Jakob Burckhard, der sich als Beauftragter des Internationalen Roten Kreuzes Zutritt ins KZ Papenburg-Esterburg verschaffte, berichtet über eine Begegnung mit Ossietzky: „Ein zitterndes, totenblasses Etwas, das gefühllos zu sein schien, ein Auge geschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen, er schleppte ein gebrochenes, schlecht ausgeheiltes Bein ... Vor mir, gerade noch lebend stand ein Mensch, der an der Grenze des Tragbaren angelangt war.“

Das Attentat des Obersten von Stauffenberg mißglückte. Stauffenberg, an der Front schwer verwundet, wurde noch am gleichen Tage standrechtlich erschossen, mit ihm und nach ihm Tausende von Widerstandskämpfern. Es war ein „Aufstand des Gewissens“. Der letzte Versuch, das Reich vor Schande und Zerstörung zu bewahren, war gescheitert. Winston Churchill sagte am 19. Oktober 1946 im Britischen Unterhaus zum 20. Juli und dem deutschen Widerstand: „In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von außen oder innen — einzig und allein getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand gegen die Hitler-Diktatur sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus. Wir hoffen auf die Zeit, in der das heroische Kapitel der innerdeutschen Geschichte seine gerechte Würdigung findet.“ (Schluß folgt)

Kämpfende Jugend

Am 22. Februar 1943 wurden in München die Studenten Sophie Scholl, 22 Jahre, ihr Bruder Hans Scholl, 25 Jahre, und Christoph Probst, 24 Jahre, hingerichtet. Sie gehörten zur Widerstandsgruppe „Die weiße Rose“. Ihnen folgten aus dem gleichen Grunde in den Tod Alexander Schmorell, 26 Jahre, Willi Graf, 25 Jahre, und Professor Kurt Huber, 50 Jahre. Sie starben, weil sie Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde höher achteten als den nationalsozialistischen Terror.



Hans Scholl



Sophie Scholl

AUS EINEM FLUGBLATT „DIE WEISSE ROSE“:

Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique „regieren“ zu lassen. Ist es nicht so, daß sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Maß unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten? ... Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Über das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein. Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis unaufhaltsam näherrücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muß jeder einzelne, seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewußt, in dieser letzten Stunde sich wehren soviel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates.

BUNDESPRÄSIDENT THEODOR HEUSS AM 22. FEBRUAR 1953:

Als wir vor zehn Jahren, zuerst als halbes Gerücht, dann mit der zuverlässigen Bestätigung von dem kühnen Versuch erfuhren, womit die Geschwister Scholl und ihr Freundeskreis das Gewissen der studierenden Jugend zu erreichen suchten, da wußten wir und sprachen es auch aus: dieser Aufschrei der deutschen Seele wird durch die Geschichte weiterhallen, der Tod kann ihn nicht, konnte ihn nicht in die Stummheit zwingen. Die Sätze, die auf Papierfetzen durch die Münchner Hochschule flatterten, waren ein Fanal und sind es geblieben. So wurde das tapfere Sterben der jungen Menschen, die gegen die Phrase und die Lüge die Reinheit der Gesinnung und den Mut zur Wahrheit setzten, im Auslöschen ihres Lebens zu einem Sieg. So muß ihre Erscheinung inmitten der deutschen Tragik begriffen werden — nicht als ein gegenüber der Gewalt mißglückender Versuch zur Wende, sondern als das Abschirmen eines Lichtes in der dunkelsten Stunde. Und darum gehören ihrem Gedächtnis Dank und Ehrfurcht.

Carl von Ossietzky

Unter den Intellektuellen, die die Gefahr des Nazismus voraussahen und sich aufbäumten gegen seine Herrschaft, muß der Journalist Carl von Ossietzky hervorgehoben werden. Sein Schicksal zeigt, daß trotz aller Unterdrückung der Geist der Freiheit in Deutschland nicht auszulöschen war. Ossietzky hat die Ereignisse von 1933 bis 1945 bereits früh erkannt. Er stammte aus dem preußischen Kleinadel, „Soldadel“, wie er es geringschätzig nannte; seine Mutter war Antisemitin, Anhängerin der Mathilde Ludendorff. Schon vor dem ersten Weltkrieg wandte er sich der Politik, der Arbeiterbewegung zu. Als er 1913 die Haltung des für die Ausschreitungen gegen die elsässische Zivilbevölkerung von Zabern verantwortlichen Generals kritisierte, wurde er zu seiner ersten Gefängnisstrafe verurteilt.

schon Lager, er sympathisierte mit den Kommunisten, dennoch griff er in der „Weltbühne“ die KPD und KPdSU wiederholt an. Manche Leute werfen dem „Linksinтеллектуellen“ Ossietzky seine Kommunifreundlichkeit heute noch vor, doch sollten eigentlich keinerlei Zweifel daran bestehen, daß sein beinahe unbändiges Freiheitsbewußtsein ihn genauso in Gegensatz zu Ulbricht gebracht haben würde, wie einst zu Hitler. Während sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nichtwenige Deutsche mit den neuen Machthabern zu arrangieren suchten, rief Ossietzky, der wegen „Landesverrats“ gerade eine Freiheitsstrafe abgesessen hatte, weil er in der „Weltbühne“ die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee aufgedeckt hatte, zum Widerstand gegen die „Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit“ der Nazis auf. Ihren persönlichen Haß provozierte er dadurch, indem er Hitlers



Der Häftling Ossietzky versinnbildlichte der Welt den Geist der Freiheit in Deutschland. Sein Martyrium verdarb der deutschen Auslandspropaganda das Konzept; die von den Nationalsozialisten geforderte Nichtannahme des an ihn verliehenen Friedens-Nobelpreises lehnte er ab. Ossietzky starb 1938 an den Folgen der im KZ erlittenen Mißhandlungen. Unser Bild zeigt ihn bei einem Appell im KZ Papenburg-Esterburg.

Der 20. Juli 1944

Wenn auch offener Widerstand angesichts der militärischen Erfolge der ersten Kriegsjahre psychologisch nicht möglich erschien, so ließen sich die Widerstandskräfte jedoch nicht von den Blitzkriegssiegen blenden und hielten an ihren sittlich begründeten Zielen fest. Dieser Widerstand, der zum 20. Juli 1944 hinführte, war in seiner ganzen Anlage notwendig von Gefahren bedroht. Je kleiner der Kreis der Eingeweihten, desto größer war zwar der Schutz gegen vorzeitige Entdeckung, desto gefährlicher andererseits die Unsicherheit im Augenblick der Tat. Wie würde sich die deutsche Bevölkerung, wie die Masse der Soldaten verhalten? Die Frage wird immer wieder gestellt. Eine klare Antwort ist nicht möglich.

Das einigende Band zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen war der leidenschaftliche Wille, Rechtsstaatlichkeit, Sauberkeit und Menschlichkeit wiederherzustellen und dem Blutvergießen des Krieges so rasch wie möglich ein Ende zu setzen. Dies war aber nur durch die Ausschaltung Hitlers möglich. Als das Attentat am 20. Juli 1944 schließlich ausgeführt wurde — etwa ein Dutzend Versuche waren vorausgegangen und gescheitert — bestand nach Gelingen der alliierten Invasion in Frankreich kaum noch Hoffnung auf einen Friedensschluß, der Deutschland nicht schwerste Lasten auferlegt hätte. Vergänglich waren von den Westmächten Garantien für ein demokratisches Deutschland erbeten worden. Dennoch wurde der Versuch unternommen, und sei es auch nur, um der Welt zu zeigen, daß es auch ein „anderes Deutschland“ gab als das Hitlers und Himmlers.



Oberst v. Stauffenberg

der Kopf der militärischen Vorbereitungen des Befreiungsversuches und derjenige, der es als aktivster Mann auf sich genommen hatte, ins Führerhauptquartier die Bombe einzuschmuggeln, die Hitler beseitigen sollte, um dadurch die erste Voraussetzung für den Umsturzplan des 20. Juli 1944 zu schaffen. Zweifelloso wäre er auch bereit gewesen, sich selbst dabei zu opfern; er war jedoch für den weiteren Ablauf des Unternehmens unentbehrlich, so daß er sofort nach Berlin zurückkehrte. Dort wurde er am Abend nach dem Zusammenbruch der Aktion standrechtlich erschossen. (Das einzige erhaltene Bild: alle anderen Fotografien wurden nach dem Attentat von der Gestapo beschlagnahmt und vernichtet.)

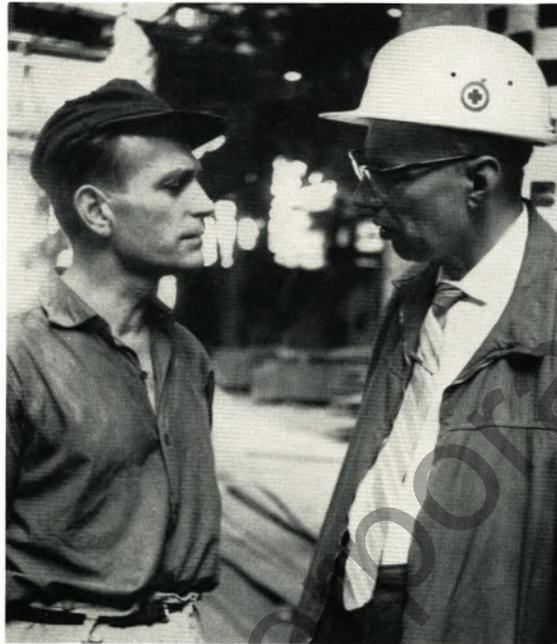
Lebensgefahr
Durchgang verboten

HOLPRIGE SICHERHEIT

Wer — nicht einmal sehr sorgfältig — die Ausgaben der Werkzeugzeitung durchgelesen hat, wird immer wieder auf das Thema Arbeitsschutz — Arbeitssicherheit gestoßen sein. Ja, man hat uns verschiedentlich den Vorwurf gemacht, keine Werkzeugzeitung, sondern eine Arbeitsschutzzeitung zu sein. Nun, wir nahmen diesen Einwand nicht als Vorwurf, wir nahmen aber einen Kritiker beim Wort, der uns — und sich selbst — weismachen wollte, es gäbe kaum einen Kollegen im Betrieb, der die Sicherheitsvorschriften nicht beachte. Sei's drum, dachten wir und machten die Probe aufs Exempel. Quod erat demonstrandum — was zu beweisen war. Unsere Bilder — auf einem kurzen Fotobummel durch den Betrieb entstanden — beweisen, daß unsere Skepsis, der sich die Abteilung Arbeitsschutz aus bitterer täglicher Erfahrung anschloß, ganz und gar berechtigt war. Kan Lüttecke, Sicherheitsingenieur von WO, der unseren Fotografen begleitete, brauchte seine „Sicherheitsaugen“ nicht besonders anzustrengen. Er stolperte sozusagen über die simpelsten Verstöße gegen die Arbeitsschutzvorschriften. Sein Kommentar: Siehe Bildunterschriften.



Der Transport heißer Blöcke in der Tiefen Halle ist gefährlich. Das Warnschild verbietet deshalb den Durchgang. Es scheint aber noch nicht groß genug zu sein, sonst hätte es der Mitarbeiter sehen müssen. Oder ob er es gesehen hat?



Schutzhelm und Sicherheitsschuhe dienen der eigenen Gesundheit. Sicherheitsingenieur Lüttecke versucht einen Mitarbeiter der Grobblechzurichterei davon zu überzeugen.



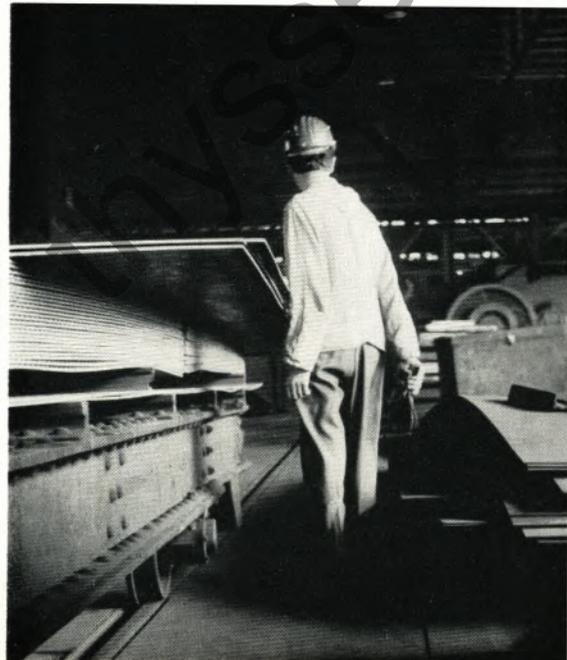
Auch dieser Weg war zwei Stunden durch einen von einer Mischerpflanze herabgefallenen Bär versperrt.



Gasflaschen dürfen weder in der Nähe von Wärmequellen aufgestellt noch dort vorübergehend gelagert werden. Hier wird eine Gasflasche, die auf einem Schutthaufen herausgeborener heißer Ofensteine (ca. 150° C) lag, auf Anweisung des Sicherheitsingenieurs forttransportiert.

Holz ist nicht gerade das beste Mittel, um Kokillenwagen oder Waggons gegen Fortlaufen zu sichern. Das Sicherste ist immer noch der vorgeschriebene Hemmschuh.

Markierte Gehwege müssen frei gehalten werden, damit sie gefahrlos begangen werden können. Hier im Mittelblech muß der Mitarbeiter höllisch aufpassen, daß er sich nicht verletzt (ganz li.).

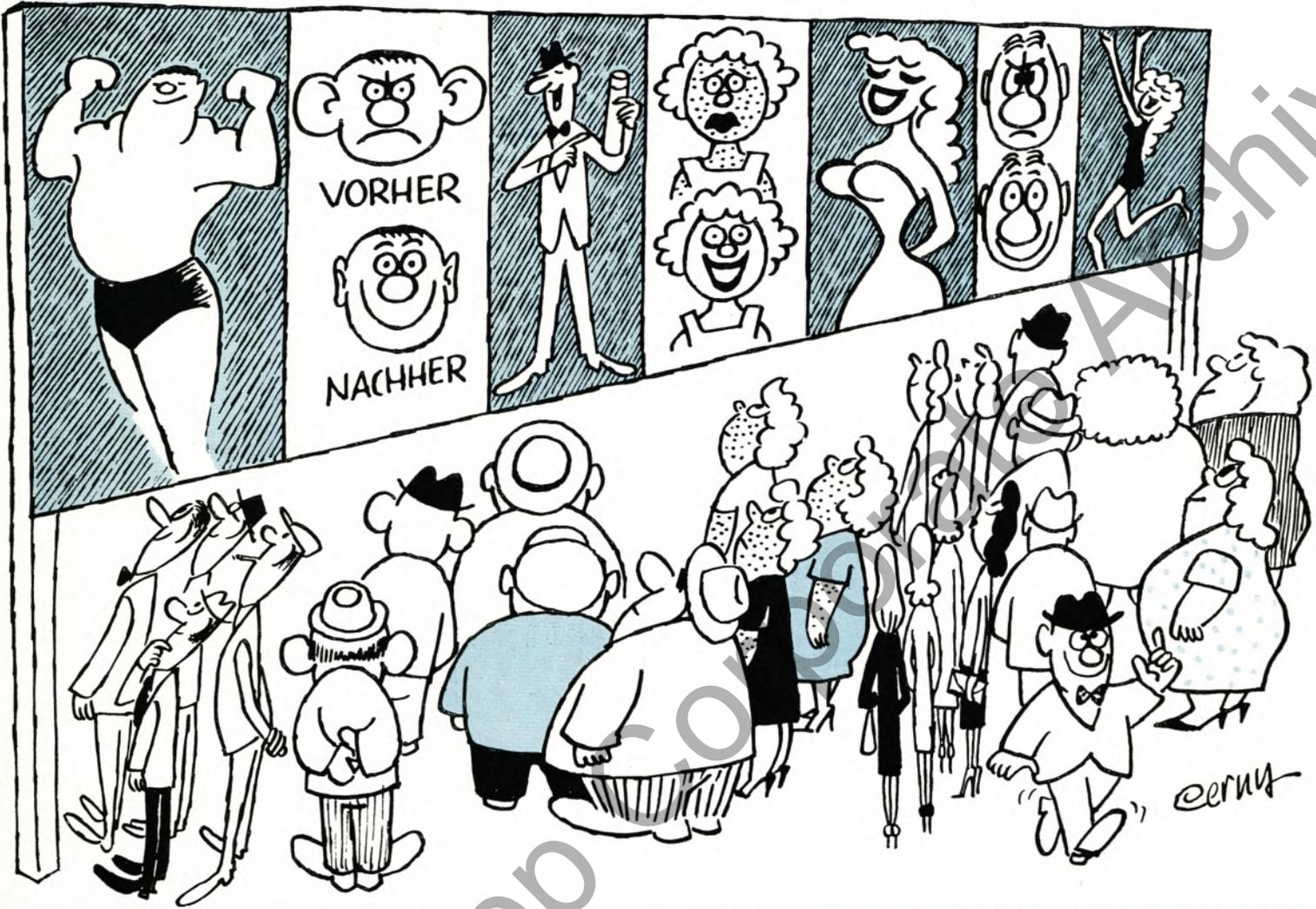




... aber Du solltest doch nur 3 Stück nehmen!



Probieren Sie mal meine!



Schöner, schlanker, attraktiv und muskulös – alles aus der Pille

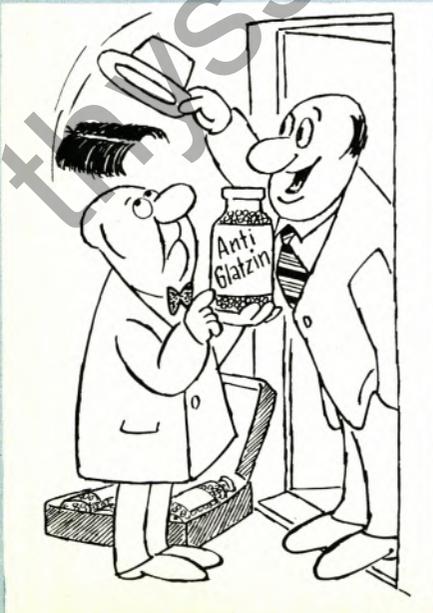
Wir schlucken zuviel!



Übrigens – dagegen gibt's jetzt auch Pillen!



Darf es für ein paar Groschen mehr sein?



Ach ne!

QUER

DURCH DIE

ZEITUNG

Begriffe und
Schlagworte
aus
Politik und
Wirtschaft

ABC-Staaten

Abkürzung für die drei bedeutendsten und einflußreichsten Staaten Südamerikas: Argentinien, Brasilien und Chile.

Abrüstung

Herabsetzung der Bewaffnung oder Heeresstärke. Erste internationale Abrüstungskonferenz 1932/33 in Genf unter dem damaligen englischen Außenminister Henderson. Teilnehmer waren alle Völkerbundstaaten einschließlich Amerika und Sowjetunion. Sie scheiterte, da kein echter Abrüstungswille vorhanden war. Deutschland verließ am 14. Oktober 1933 auf Befehl Hitlers die Konferenz, die damit zusammenbrach.

Die nach dem zweiten Weltkrieg verschiedentlich aufgenommenen Abrüstungsgespräche brachten bisher angesichts der sehr unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse noch kein greifbares Ergebnis. Artikel 26 der Charta der Vereinten Nation sieht allgemeine Abrüstung als Programmpunkt vor.

Abschreibung

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für Gebäude, Maschinen und Werkzeuge müssen im Anschaffungsjahr in der Bilanz aktiviert, d. h. unter dem Anlagevermögen aufgeführt werden. Die Produktionsmittel nutzen sich aber im Laufe der Zeit ab. Sie gehen gleichsam in die Güter ein, die sie erzeugen. Außerdem können Maschinen und Anlagen plötzlich ausfallen, sie verwittern oder werden durch den technischen Fortschritt im Vergleich zu neuen Konstruktionen weniger wettbewerbsfähig. Ihr Wert verringert sich damit von Jahr zu Jahr. Für ein Unternehmen ist diese Wertminderung Aufwand. Er muß im Jahresabschluß berücksichtigt werden. Andernfalls würde das Vermögen mit einem höheren als dem tatsächlichen Wert zu Buche stehen. Die Abschreibung wird also vorgenommen, um die Wertminderung auf die gesamte Nutzungsdauer gleichmäßig zu verteilen. Das Verhältnis von Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Höhe der Abschreibung wird als Abschreibungssatz bezeichnet.

Absolutismus

Regierungsform, in der der Herrscher unbeschränkte Gewalt gegenüber den Untertanen besitzt. Der Monarch oder Diktator ist in der Ausübung seiner Herrschaft nicht durch Mitwirkung oder Kontrollbefugnisse anderer Organe beschränkt. Eigentlich Absolutismus ist zwar an die monarchistische Staatsform gebunden, doch wird auch in Demokratien von Absolutismus gesprochen, wenn ein dem Herrscher gefügiges Parlament nur als Scheininstitution besteht. Auf dem europäischen Festland setzte sich der Absolutismus im 16. und 18. Jahrhundert durch. In England jedoch scheiterte er. Als typischer Repräsentant des Absolutismus gilt Ludwig XIV., dem auch das Wort *L'état, c'est moi* — der Staat bin ich — zugeschrieben wird. Die historische Leistung des Absolutismus war die Entmachtung der Feudalklasse und die Förderung einheitlicher Nationalstaaten. Die sittliche Rechtfertigung des Sicheren der Absolutismus, die absolute Diktatur, oft gekoppelt mit einem sogenannten „Auftrag“.

Halbes Wissen ist schlechter als gar keins. Es verleitet zur Phrase, zum hohlen Schwätz. Es blufft, aber verblüfft nicht. Schlimmer, es ist schuld an Fehlschlüssen und führt zu Fehlurteilen. Wer auf der Klaviatur der Begriffe aus Politik und Wirtschaft, die uns täglich in Zeitungen und Zeitschriften, im Radio und Fernsehen vorgesetzt werden, zu spielen versteht, kann mitreden. Er wird ernst genommen. Fast täglich entstehen neue Wortprägungen. Schlagworte machen die Runde. Alte Begriffe verlieren ihren ursprünglichen Sinn. Ein Blick in die Zeitung sagt uns, wie quicklebendig unsere Sprache ist. Wer ist sich schon ganz sicher, daß er in der heutigen Welt der Begriffe und Schlagworte ganz zu Hause ist?

Der Streifzug durch unseren wirtschaftlichen und politischen Wortschatz, den wir mit dieser Ausgabe der Werkzeitung beginnen wollen, erhebt ganz gewiß keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sicherlich aber wird er mit zum Verständnis der Zeitungslektüre und damit zum Verständnis der wirtschaftlichen und politischen Probleme unserer Zeit beitragen.

Abwertung

Neufestsetzung des Wertes der eigenen Währung gegenüber anderen Währungen durch Herabsetzen des Wechselkurses. Ist eine Währung überbewertet, so werden die im Land erzeugten Güter für das Ausland zu teuer. Der Export stagniert. Die Einfuhr dagegen wird verbilligt. Die Folge ist eine defizitäre Zahlungsbilanz. Dieser Entwicklung versucht man durch eine Abwertung vorzubeugen. Rein theoretisch ist damit eine Verringerung der Einfuhr und eine Erhöhung des Exports verbunden. Doch hängt der Dauererfolg sehr wesentlich vom Verhältnis der Einfuhr- zur Ausführabhängigkeit eines Landes ab.

Gegenteil der Abwertung ist die Aufwertung, bei der der Wechselkurs der eigenen Währung gegenüber dem Ausland heraufgesetzt wird. Da somit die eigene Währung verteuert, die fremde Währung aber verbilligt wird, verbilligt sich die Einfuhr, während der Export erschwert wird. Über Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der DM-Aufwertung im Jahre 1961 gingen und gehen die Meinungen sehr auseinander. Für die exportierende Industrie bedeutete diese Maßnahme eine fühlbare Erschwerung ihrer Wettbewerbsposition und eine weitere Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen gegenüber konkurrierenden Exportländern.

AFP

Agence France Press, französische Presseagentur.

AG

Aktiengesellschaft. Handelsgesellschaft, bei der die Gesellschafter (Aktionäre) mit Einlagen an dem in Aktien zerlegten Grundkapital beteiligt sind. Die Haftung der Aktionäre beschränkt sich nur auf die Einlage.

Die Rechtsform einer Aktiengesellschaft ist für Unternehmen mit hohem Kapitalbedarf zur Verwirklichung großer wirtschaftlicher Vorhaben gedacht. Das Grundkapital beträgt mindestens 100000 Mark. Der Aktionär kann seine Aktien jederzeit über seine Bank an der Börse verkaufen oder neue erwerben.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Ihm obliegt die Geschäftsführung und Vertretung der Aktiengesellschaft. Die Zahl der Mitglieder richtet sich nach Art und Umfang der Aufgaben. Der Vorstand der HOAG besteht bekanntlich aus 6 Mitgliedern.

Der Aufsichtsrat wird von der Hauptversammlung gewählt (mit Ausnahme der Arbeitnehmervertreter). Ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder müssen von den Betriebsangehörigen in geheimer Wahl unmittelbar gewählte Arbeitnehmervertreter sein.

Nach dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie besteht der Aufsichtsrat der HOAG aus je 7 Mitgliedern der Anteilseigner und Arbeitnehmer und einem 15. Mitglied. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden. Aufgabe des Aufsichtsrates ist es, die Geschäftsführung zu überwachen und den Jahresabschluß zu prüfen. In der Hauptversammlung kommt das Mitverwaltungsrecht der Aktionäre zum Ausdruck. Die auf der HV vertretenen Aktionäre beschließen u. a. über Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, über die Verteilung des Reingewinns und über Satzungsänderungen. Auf Verlangen muß der Vorstand dem Aktionär Auskunft über die Angelegenheiten der AG geben, soweit nicht überwiegende Belange der AG oder des Gemeinwohls dagegen stehen. Hervorgegangen ist die Rechtsform der Aktiengesellschaft aus den großen Handelskompanien zur Erschließung der überseeischen Gebiete.

Werk Oberhausen

Geburten:
 2. 3.: Hans-Peter Haase, Sohn Hans Peter
 4. 3.: Manuel Carrascal Fellada, Sohn Manuel
 6. 3.: Heinz Holstein, Sohn Karsten
 8. 3.: Herbert Illing, Sohn Frank
 12. 3.: Herbert Jabs, Sohn Jörg
 13. 3.: Helmut Kühn, Tochter Claudia
 14. 3.: Georg Wojcichowski, Tochter Petra
 15. 3.: Erich Kubitzek, Tochter Sylvia; Josef Lingk, Tochter Monika; Manfred Püttmann, Sohn Uwe; Ewald Sekulat, Tochter Beate
 16. 3.: Heinz Gutmann, Tochter Heike; Walter Himmel, Tochter Claudia; Hans-Joachim Lipke, Tochter Beate; Willi Löblein, Söhne Michael und Thomas; Josef Sowa, Tochter Martina
 17. 3.: Horst Bartholmes, Tochter Gabriele; Günter Machmüller, Tochter Manuela
 18. 3.: Heinz Kegelmann, Sohn Andreas
 19. 3.: Friedhelm Antoni, Tochter Susanne; Franz Bönigk, Sohn Werner
 20. 3.: Heinrich Fröhlich, Sohn Dirk
 21. 3.: Gerhard Marcus, Tochter Beatrix
 22. 3.: Wilfried Kämpf, Tochter Angela; Dieter Klomp, Tochter Silvia; Kurt Mohr, Sohn Ralf
 23. 3.: Heinrich Döhr, Sohn Ulrich; Oskar Filler, Sohn Christian; Helmut Ziebell, Tochter Birgit
 25. 3.: Gerhard Sobotta, Sohn Bernd
 26. 3.: Oskar Kuhnke, Sohn Torsten
 27. 3.: Helmut Heinz, Tochter Ulrike; Helmfried Teutloff, Sohn Jürgen
 28. 3.: Theodor Louwen, Sohn Andreas
 29. 3.: Horst Kirsch, Sohn Horst-Günter

30. 3.: Winfried Staude, Tochter Elke; Josef Tomczak, Tochter Beate
 1. 4.: Friedrich Grohmann, Tochter Elke; Hans-Jürgen Stoll, Sohn Frank
 2. 4.: Rainer Schmidt, Tochter Ulrike
 3. 4.: Herm.-Josef Dickmanns, Tochter Sabina; Herbert Kreuels, Tochter Birgit
 5. 4.: Bruno Feller, Sohn Georg
 6. 4.: Josef Frankowiak, Tochter Heike
 8. 4.: Armin Haus, Tochter Beate
 11. 4.: Francisco Alvarez Romero, Sohn Juan
 13. 4.: Kurt Papendick, Sohn Michael
 14. 4.: Manfred Runge, Tochter Sabine
 16. 4.: Reinhold Brötz, Sohn Reinhold
 17. 4.: Fred-Werner Hilgert, Tochter Claudia
 18. 4.: Friedrich Wilker, Sohn Volker
 19. 4.: Joachim Zech, Sohn Ludger
 20. 4.: Dieter Große Plankermann, Tochter Bettina
 23. 4.: Adolf Beck, Tochter Monika; Bruno Müller, Sohn Udo
 24. 4.: Matthias Brandenburg, Sohn Udo; Werner Kaaden, Sohn Marcus
 27. 4.: Josef Schäfer, Sohn Horst Martin

Eheschließungen:

21. 2.: Heinz Gaul mit Dietlinde Gerken
 1. 3.: Helga Alesander mit Klaus John
 8. 3.: Rudolf Mikus mit Maria Weiße
 15. 3.: Wilhelm Hinkemeyer mit Ingeborg Stephan; Dieter Kleine Dahlhaus mit Ita Luft; Erwin Ledebuhr mit Hildegard Hajek; Fritz Ninck mit Karin Füllgräbe; Franz-Josef Raczka mit Ingeborg Margitan

19. 3.: Karl Schmitz mit Monika Krakau
 21. 3.: Günter Griep mit Helga Groll
 22. 3.: Werner Bleuel mit Elke Wolf
 28. 3.: Bodo Bohnenberger mit Karin Precnik; Günter Lass mit Helga Alex
 29. 3.: Ingrid Gesierich mit Manfred Kühnel; Günter Hertell mit Elisabeth Postinett
 2. 4.: Ilse Balfes mit Erich Schrötz; Werner Hörnschemeyer mit Ilona Scheid
 4. 4.: Manfred Hoff mit Doris Rech; Dieter Krollmann mit Edith Lewin; Günter Wittmacher mit Marlies Aartens
 5. 4.: Jürgen Esser mit Barbara Seitz; Friedel Jahn mit Hedwig Krampe
 9. 4.: Hans Hicking mit Margarete Schulz
 11. 4.: Dieter Borkes mit Renate Peters; Helga Epping mit Hans-Jürgen Wolff; Johann Kulin mit Margarete Glowicki; Gerhard Schreiber mit Gisela Rottmann; Dieter Winkels Franziska Krebbers
 17. 4.: Alfred Wagner mit Helga Schewe
 18. 4.: Manfred Horn mit Hildegard Sawilla; Oskar Oetel mit Martha Sando; Margret Pilgram mit Klaus Klingelberger
 19. 4.: Anton Bialek mit Helga Preissner; Egon Hövels mit Grete Ksionsko; Manfred Nowak mit Ilona Jediny; Walter Ribmann mit Lieselotte Brohn
 26. 4.: Manfred Heiler mit Brigitte Berndsen

Werk Gelsenkirchen

Geburten:
 2. 3.: Hilmar Wnuk, Sohn Stefan
 4. 3.: Horst Gronwald, Tochter Andrea-Maria
 6. 3.: Bernhard Ohloff, Sohn Uwe
 9. 3.: Richard Krull, Tochter Beatrix
 11. 3.: Alfred Walz, Sohn Detlef
 31. 3.: Norbert Volmar, Sohn Frank-Georg
 10. 4.: Harry Polakowski, Sohn Uwe
 12. 4.: Herbert Karau, Tochter Heike
 18. 4.: Heinz Reil, Tochter Karin
 22. 4.: Friedrich Gerk, Sohn Andreas; Hermann Gerzert, Sohn Peter; Otto Sadlowski, Tochter Vera
 27. 4.: Reinhard Mondwurf, Sohn Wolfgang

Eheschließungen:
 21. 3.: Herbert Spranger mit Margrit Pellny
 27. 3.: Gerhard Wischniewski mit Erika Kabus
 2. 4.: Friedhelm Unfeld mit Ilse Liepek
 19. 4.: Günter Brunk mit Brigitta Borowczak
 26. 4.: Dieter Bojahr mit Renate Waschik; Werner Cichowski mit Erika Barczewski

Neueinstellungen

Ing. Josef Müller, Betriebsassistent, Elektrischer Betrieb/Hochöfen

Ing. Karl-Heinz Pollit, Konstrukteur, Maschinelle Hilfsbetriebe
 Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Pennig, stellvertretender Leiter, Personalabteilung/Fortbildung

Dipl.-Kfm. Helmut Claus, Leiter, Pressestelle

Dipl.-Ing. Günter Klafka, Betriebsingenieur, Elektrischer Betrieb/Stahl- und Walzwerk

Ernennungen

24. 4.: Ing. Manfred Matzullat, Leiter, MH

Neueinstellungen und Ernennungen

Werk Oberhausen

50jähriges Dienstjubiläum
 Heinrich Behmer, Blechwalzwerke
 Jakob Drießen, Abt. Verkehr
 Heinrich Lattekamp, Blechwalzwerke
 Heinrich Lechtenberg, Maschinenbetriebe
 Albert Lehmann, Elektrische Betriebe/Blechwalzwerke
 Johann Sulzbacher, Maschinenbetriebe Hochöfen/Werkstatt

40jähriges Dienstjubiläum
 Christian Biehn, Abt. Verkehr/Hafen Walsum
 Hermann Drame, Sozialabteilung
 Hermann Gleis, Maschinenbetriebe/Hochöfen
 Ludwig Heider, Block- und Profilwalzwerke
 Wilhelm Kraus, Blechwalzwerke
 Otto Lucht, Maschinen- und Reparaturbetriebe/Blechwalzwerke
 Fritz Maisel, Stahlwerksnebenbetriebe
 Anton Oemkes, Stahlwerk
 Heinrich Podworni, Baubetriebe/Stahl- und Walzwerke
 Franz Rohner, Blechwalzwerke
 Hans Schwedler, Blechwalzwerke
 Wilhelm Tschirner, Blechwalzwerke
 Johannes Weber, Baubetriebe/Stahl- und Walzwerke

25jähriges Dienstjubiläum
 Herbert Adelberg, Abt. Verkehr
 Robert Bäcker, Walzwerke/Zurichterei
 Erwin Bausch, Personalabteilung
 Josef Bayeritz, Lochkartenabteilung

Theo Becker, Einkauf/Rohstoffe
 Walter Beckmann, Abteilung Verkehr
 Peter Bockhorn, Stahlwerk
 Josef Buchholz, Blechwalzwerke
 Wilhelm Cizewski, Abteilung Verkehr
 Wilhelm Clasen, Abteilung Verkehr
 August Emmerichs, Maschinenbetriebe
 Josef Evers, Maschinelle Hilfsbetriebe
 Anton Fikus, Stahlwerk
 Heinrich Gertz, Maschinenbetriebe
 Leo Gorny, Abteilung Verkehr
 Kurt Halsteinbach, Thomaswerk
 Heinrich Hausmann, Werkschutz
 Friedel Heinz, Fernsprecher
 Franz Heitfeld, Sozialabteilung
 Aloisius Herbst, Blechwalzwerke
 Albert Hermanns, Baubetrieb Blechwalzwerk
 Karl Herz, Block- und Profilwalzwerke
 Karl-Heinz Höten, Block- und Profilwalzwerke
 Günther Hoppe, Maschinenbetriebe
 Hans Jansen, Maschinenbetriebe
 Franz Jodda, Abteilung Verkehr
 Anton Kampermann, Maschinenbetriebe
 Gottlieb Klausewitz, Maschinenbetriebe/Kraftwagen
 Friedrich Klein, Fernsprecher
 Felix Kleszczynski, Thomaswerk
 August Knaust, Abt. Verkehr
 Josef Kokozinski, Block- und Profilwalzwerke
 Norbert Krefft, Stahlwerk
 Franz Kregel, Betriebsabrechnung
 Clemens Kupper, Maschinenbetriebe
 Ewald Kürten, Lohnabrechnung
 Herbert Kürten, Abt. Verkehr

Otto Kuhn, Versuchsanstalt
 Walter Kulewei, Betriebskrankenkasse
 Georg Leopold, Blechwalzwerke
 Fritz Lepczynski, Maschinenbetriebe/Werkstatt
 Theodor Lösing, Stahlwerk
 Helmuth Lorenz, Stahlwerk
 Adolf Lüdde, Abt. Verkehr/Hafen Walsum
 Hermann Luft, Maschinenbetriebe/Kraftwagen
 August Maluck, Block- und Profilwalzwerke
 Wilhelm Mantel, Maschinenbetriebe/Werkstatt
 Otto Martin, Wärmeabteilung
 Jan van Merkenstein, Hochöfen
 Albert Michalewicz, Block- und Profilwalzwerke
 Edmund Müller, Zement- und Schlackensteinfabrik
 Wilhelm Mürmann, Walzwerke/Zurichterei
 Paul Nell, Maschinenbetriebe
 Heinrich Neuhaus, Hochöfen
 Paul Odroske, Block- und Profilwalzwerke
 Johann Ostrowski, Blechwalzwerke
 Peter Reinert, Blechwalzwerke
 Edmund Reinhard, Versuchsanstalt
 Paul Reiss, Baubetriebe/Hochöfen
 Wilhelm Renz, Hauptlagerhaus
 Hermann Riedl, Blechwalzwerke
 Martin Rietz, Abt. Verkehr
 Walter Rietzke, Baubetriebe/Stahl- und Walzwerke
 Franz Roosen, Maschinenbetriebe
 Wilhelm Rother, Maschinenbetriebe
 Kurt Scheffler, Hochöfen
 Bernhard Schleusser, Maschinenbetriebe Hochöfen/Reparatur
 Gerhard Schmidt, Versuchsanstalt
 Heinrich Schmitz, Baubetriebe/Blechwalzwerke

Bernhard Schouten, Elektrische Betriebe Stahl- und Walzwerke
 Kurt Schuh, Blechwalzwerke
 Werner Schwenker, Stahlwerk/Betriebsbüro
 Ferdinand Sepec, Baubetriebe/Stahl- und Walzwerke
 Erich von Staa, Maschinenbetriebe
 Wilhelm Steinhoff, Block- und Profilwalzwerke
 Franz Stoberg, Sozialabteilung
 Matthias Stoll, Elektrische Betriebe/Stahl- und Walzwerke
 Adolf Szukat, Hochöfen
 Johann Terbrüggen, Maschinenbetriebe
 Jakob Wehren, Block- und Profilwalzwerke
 Karl Weihe, Abt. Verkehr
 Johannes Wolter, Maschinenbetrieb

Werk Gelsenkirchen

40jähriges Dienstjubiläum

Karl Kohnen, Mechanische Werkstatt

25jähriges Dienstjubiläum

Lambert Cappon, Werkschutz
 Alfons Gorgs, E.-Werkstatt
 Bruno Kolkau, Eisenlager
 Otto Konietzka, Nebenbetriebe
 Werner Lüttecke, Betriebsassistent
 Walter Mrotzek, Hausmeisterei
 Hans Röttgen, Nebenbetriebe
 Paul Schnieber, Platzbetrieb
 Theodor Schüring, kfm. Abteilung
 Helmut Wegener, Betriebskrankenkasse

Jubilare in den Monaten März, April und Mai

27. 2.: Hermann Böhle, Pensionär, 88
 2. 3.: Christian Neitzert, Pensionär, 77
 Franz Turra, H 53
 3. 3.: Johann Tyc, Pensionär, 66
 Wilhelm Woitha, MS, 61
 5. 3.: Heinrich Grohmann, Pensionär, 64
 8. 3.: Johann Gutmann, Pensionär, 87
 10. 3.: Wilhelm Fritz, Pensionär, 71

13. 3.: Johannes Haferkamp, MEH, 61
 15. 3.: Friedrich Menzenbach, Pensionär, 81
 17. 3.: Peter Linden, Pensionär, 74
 19. 3.: Wilhelm Eul, BI, 56
 20. 3.: Johann Werrmann, Pensionär, 66
 21. 3.: Arnold Semmelrath, MSM, 33
 25. 3.: Michael Bossmann, Pensionär, 78
 Walter Später, MBI, 41

27. 3.: Heinrich Godder, Pensionär, 82
 28. 3.: Heinrich Böck, Pensionär, 70
 3. 4.: Johann Zirwes, Pensionär, 86
 9. 4.: Friedrich Fandrey, Pensionär, 72
 10. 4.: Nikolaus Federspiel, MSM, 64
 11. 4.: Otto Lotz, MSW, 61
 August Schier, Pensionär, 69

12. 4.: Wilhelm Tönnissen, Pensionär, 59
 13. 4.: Jakob Kortten, Pensionär, 78
 18. 4.: Peter Goerz, Pensionär, 72
 22. 4.: Johann Kreuel, Pensionär, 66
 25. 4.: Johann Verborg, SoBe, 63
 29. 4.: Johann Barden, Pensionär, 84
 Wilhelm Moeritz, Pensionär, 67

Sie gingen von uns

